

Hezbe-Hambastagi/Solidaritätspartei Afghanistan (SPA)

DAS PROFIL EINER DEMOKRATISCHEN, FORTSCHRITTLICHEN PARTEI

„Als Antwort auf die Zustände in unserem Land haben wir als Gruppe progressiver und prodemokratischer Intellektueller im Jahr 2004 beschlossen, die Solidaritätspartei Afghanistan aufzubauen.“ (Rasikh 2016: 30) Hezbe-Hambastagi, die Solidaritätspartei Afghanistan (oder kurz SPA für Solidarity Party of Afghanistan), ist eine demokratische und fortschrittliche Partei, die für „ein unabhängiges, freies, demokratisches und unteilbares Afghanistan [eintritt], in dem alle Menschen Afghanistans ohne jedwede Diskriminierung leben werden, weder aufgrund ethnischer, Gender-, Stammes-, religiöser, sprachlicher oder regionaler Zuordnung“ (Parteiprogramm SPA, Übers. aus dem Englischen d. A.). Die Aktivist*innen der SPA streben eine Demokratie an, die auf Säkularismus beruht, stellen sich gegen alle Ausprägungen von religiösem Fundamentalismus, gegen reaktionäre Kräfte und gegen die Einmischung durch andere Länder. Sie fordern den Abzug des US- und NATO-Militärs.

Die Solidaritätspartei ist in allen Provinzen des Landes aktiv und hat weit über 30.000 Mitglieder. Ihre Aktivitäten sind vor allem durch die zahlreichen Demonstrationen gekennzeichnet, die sie bei einigen Anlässen in bis zu sieben Provinzen gleichzeitig durchführen, aber vor allem in den Städten Kabul, Herat, Jallalabad und Mazar-e Sharif. Die Partei wird durch sehr junge Personen – auch in führenden Positionen – geprägt. Es wird ein Profil vertreten, das nicht eine bestimmte Ideologie betont, sondern anstrebt, eine große Breite von Menschen einzubeziehen. Die anti-fundamentalistische Haltung ist grundlegend wie auch das Eintreten für Demokratie, Frauenrechte und soziale Gerechtigkeit; zudem die Zurückweisung von Diskriminierungen auf das Basis ethnischer, religiöser, geschlechtlicher oder anderer Zuordnungen. Die Wurzeln einiger der Gründungspersonen liegen in den links-revolutionären Organisationsstrukturen der 1970er Jahre, die sich während der bewegten 68er-Schüler*innen und Studierenden-

kämpfe in Abgrenzung sowohl zu den reform-sozialistischen Gruppen als auch vor allem zu den reaktionär-islamistisch-fundamentalistischen Gruppen entwickelten. In den 1980er Jahren bildeten diese links-revolutionären Organisationen einen Teil des Widerstandes gegen die repressive, despotische Herrschaft der „reform-sozialistischen“ Demokratischen Volkspartei Afghanistan, die sich 1978 an die Macht geputscht hatte, sowie gegen die sowjetische, militärische Invasion ab Ende 1979. Sie kämpfen gleichzeitig auch immer gegen islamistische Organisationen. Nur wenige linke und moderate Aktivist*innen überlebten die 1980er und 1990er Jahre.

EINE PARTEI FÜR BASISPOLITISCHE ARBEIT

Es ist für die Solidaritätspartei ein zentrales Anliegen, mit der Bevölkerung des Landes jenseits der zahlreichen Spaltungslinien aufgrund ethnischer, sprachlicher, Gender- und anderen Zuordnungen hinweg tief verwurzelt zu sein – ein äußerst ungewöhnlicher Grundsatz in Afghanistan. Die Solidaritätspartei unterscheidet sich damit bewusst von vielen anderen afghanischen Parteien, Organisationen und Führungspersonen, die ihren politischen Einfluss im Land in der Regel mit viel Geld und Korruption, mit Verbindungen zu machtvollen ausländischen Partnern, mit ethnischen und Stammesloyalitäten bzw. Rivalitäten und auch mit repressivem Druck und Waffengewalt durchsetzen.

Ein Mitglied der Solidaritätspartei erklärt seine Entscheidung zwischen den 110 politischen Parteien, die sich mit Beginn der Karzai-Regierung gründeten, folgendermaßen:

„When I studied their programs, Hezbe Hambastagi was the best, because there is no discrimination. They include all ethnics and groups, women and men are there. They believe that they should improve people’s political thinking and they should improve political knowledge among people. They say, they should not keep people in darkness. Otherwise other parties they believe that it is better to leave people in darkness and don’t give them political awareness, but they [SPA] believe in giving political awareness. And they believe that men and women should struggle, they believe in women’s rights and human rights. Other parties are founded according to a religious base or to a particular ethnic group. But Hambastagi works all over Afghanistan and is not based in that. The ministry said, that it is only Hezbe Hambastagi that doesn’t have discrimination and who is working all over Afghanistan. Others don’t work for the people.“ (Sharq, Interview in Kabul, 18.02.2011)

Während andere Parteien nur in Kabul in ihren Büroräumen herumsitzen würden, arbeite Hezbe Hambastagi tatsächlich in den Provinzen, selbst in den abgelegendsten Dörfern wie seinem Heimatdorf, hebt Ahmad Sharq hervor.

Parlamentarische Einflussmöglichkeiten und demokratische gesellschaftliche Veränderungen auf dem parlamentarischen Weg zu erreichen, sieht die Solidaritätspartei derzeit in Afghanistan nicht als gegeben. Dieses strittige Thema hatte im Zeitraum 2009/2010 einen Generationswechsel innerhalb der Partei bewirkt. Heute sind viele leitende Positionen innerhalb der Partei von sehr jungen Leuten besetzt. Die zahlreichen neuen, jungen Mitglieder hatten den Kompromisskurs der alten Führung, die bei den ersten Präsidentschaftswahlen nach der Intervention im Oktober 2004 Hamid Karzai unterstützt hatte, nicht mehr mitgetragen und als Fehler kritisierten (Gespräch mit Mahmoud Pahiz in Berlin, 07.12.2011). Das Demokratisierungsexperiment unter Karzai hält die junge Generation für gescheitert und lehnt eine – auch eine sich kritische verstehende – Beteiligung ab (vgl. Ruttig, 11.06.2012).

Konsequenterweise hat sich Hezbe Hambastagi seit dem Jahr 2009 nicht an den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen beteiligt, sondern diese boykottiert.

„America and the Hamid Karzai government they want people like us to be inside the parliament [...] to show to the world that we have democracy in Afghanistan. But nobody hears their voices and they are just kicked out of the parliament [wie die Frauenrechtlerin Malalai Joya]. If we would accept to be the servant of a certain country, then they will pay the money, they will pay for our confine and everything. We didn't accept such thing.“ (Mahmoud Said Pahiz, Sprecher SPA, Interview in Kabul, 13.07.2010)

In einem Parlament, das zu 90 Prozent mit Vertreter*innen fundamentalistischer Organisationen, mit reaktionären Warlords, Land- und Drogenmafia besetzt ist, gibt es ihrer Meinung nach kaum Möglichkeiten für Einflussnahme. „Last time when we had candidates, when they sat in parliament they could not say about their party's views and aims. They couldn't raise their voices, because the majority of the parliament were the people who are against them and the criminals. They couldn't talk.“ (Ebd.) Statt auf dem parlamentarischen Weg, der keinerlei Chance auf wirkliche Veränderungen eröffnet, setzten sie auf basispolitische Organisation.

„[W]e want the changes form the basis, initially [from the grassroots, fundaments¹⁹] we want it to be changed. Because the government is the criminals. They have proved themselves for the people of Afghanistan that they are criminals. They just come here to fill their pockets with money.“ (Ebd.)

19 Die Übersetzerin hatte Schwierigkeiten, einen passenden Begriff im Englischen zu finden.

BASISARBEIT TROTZ BEDROHUNGEN UND ERMORDUNG

Die Solidaritätspartei Afghanistan organisiert Menschen an der Basis der Gesellschaft, unabhängig von Sprachen- und Stammesgruppen oder anderer Trennungen, die in Afghanistan wieder zunehmend geschürt werden. Frauenrechte durchzusetzen gehört zu den erklärten Zielen der Partei. Entsprechend bilden Frauen einen großen Teil der Basis, haben eigene Treffen und eine Frauensprecherin, eine Frau ist stellvertretende Vorsitzende und auch die Sprecherin der Partei ist seit dem Jahr 2014 eine Frau. Um die politische Aktivität von Frauen weiter zu fördern, insbesondere von Frauen, die im ländlichen Bereich leben, werden Alphabetisierungskurse und politische Bildungsarbeit durchgeführt. Ihre Parteibasis erstreckt sich über das gesamte Land und umfasst beinahe alle 34 Provinzen. Das hat es der Partei auch nach der Änderung des Parteiengesetzes im Jahr 2010 ermöglicht, die erforderlichen 10.000 Unterschriften vorzulegen. Von den zuvor registrierten über 100 Parteien ist dieser Nachweis von nun erforderlichen 10.000 Unterschriften – statt der zuvor nötigen 700 – nicht einmal der Hälfte gelungen (vgl. SAWAN 2012). Tatsächlich legte die Solidaritätspartei noch deutlich mehr Unterschriften vor, trotz der hohen Anforderungen, die Angaben zum Bildungshintergrund der unterzeichnenden Parteimitglieder verlangten sowie ein Mindestalter von 25 Jahren. Als ich im Sommer 2010 das Parteibüro in Kabul besuchte, wurde mir das große Regal mit den vielen Ordnern gezeigt, in denen sie gerade die umfangreichen Nachweise sammelten. Bevor er mir die Regale zeigte, gab der damalige Parteisprecher Mahmoud Pahiz, den ich im Gespräch nach ihren derzeitigen Zielen gefragt hatte, diese für mich sehr unerwartete Antwort:

„The next goal is to finish the registration of our party. [...] It is taking too long. [...] And we had to provide them evidence that we don't have weapons, how much is the asset, how much cars and anything we have. If we are related to certain groups or not. And all the things we had to provide for the intelligence service and different ministries.“ (Mahmoud Said Pahiz, Sprecher SPA, Interview in Kabul, 13. Juli 2010)

Das ist eine aufwendige Aufgabe, zumal die Parteiarbeit in vielen Provinzen aufgrund der Gefährdung durch die lokale Macht reaktionärer, fundamentalistischer Warlords oder den Einfluss der Taliban bzw. anderer fundamentalistischer Gruppen nicht offen stattfinden kann. „We cannot, some of my party, my friends, we cannot trust everybody. That's because we need to have some underground activity.“ (Ahmad, Name geändert, Interview in Kabul, 13.08.2010). In der Provinz Farah wurde am 22. Oktober 2013 ein aktives Parteimitglied der Solidaritätspartei auf dem Weg in sein Heimatdorf von Taliban gestoppt und erschossen. Der getötete Noor Ahmad (nicht derselbe Ahmad wie zuvor) war unter anderem im Distrikt

Komitee von Hezbe Hambastagi im Distrikt Qala-e-Kah tätig. „His only crime was serving people and working for their wellbeing which the lackey Taliban consider it infidelity and illegitimate“, erklärte die Solidaritätspartei (SPA-Erklärung, 14.11.2013). Als ich im Mai 2009 erstmals Kontakt zu einem Vertreter der Solidaritätspartei hatte, berichtete mir dieser von der Schließung von Parteibüros in Provinzen aufgrund finanzieller Schwierigkeiten und vor allem aufgrund der Sicherheitsbedrohung. Zwei Parteimitglieder waren zuvor ermordet worden.

„We have several security problems. For example, government made a case against me what was completely a lie, not more than a lie. I went to court, I had to give them some money, I had to spend time. We lost two of our people. One was the head of Solidarity Party in Helmand and Taliban killed him [im Jahr 2006]. The other one they killed in Farah. We had different branches in the provinces, but for that reason – two reasons: one is financial problems, the other one is security problems – mostly security problems, so we closed the offices in the provinces. We only have one office in Kabul city now.“ (Massud Mattin, damaliger Sprecher SPA, Interview in Kabul, 17.05.2009)

In der Provinz Bamiyan traf ich später ein aktives Parteimitglied, dessen Aktivitäten in seiner Umgebung nicht bekannt werden dürfen. Der Stand der Basisarbeit in seiner ländlichen Umgebung wurde mir von ihm im Sommer 2010 erklärt. Er verbreitet die Zeitung der Partei, diskutiert mit den Menschen über die Politik und hat auch 700 Unterschriften für die Parteiregistrierung gesammelt. Er erklärt, dass die Menschen sich organisieren, aber auch Zeit brauchen. Es bestehe bereits die breit geteilte Einschätzung, dass von dieser Regierung keine positiven Veränderungen zu erwarten sind, dass es einen grundlegenden Wandel braucht und die Warlords, Druglords, Landlords und Verbrecher entmachtet werden müssen. Auch sei eindeutig, dass eine Verhandlungslösung mit politischer Macht für die Taliban nicht akzeptiert würde. Doch nicht alle würden die Hoffnung teilen und das Vertrauen in die Menschen haben, sich zu organisieren und Veränderungen herbeizuführen. Andere würden sich schwach und machtlos fühlen. Noch würde die Einheit der Menschen fehlen (Interview mit dem Dorfsprecher in einem Ort der Provinz Bamiyan, 09.08.2010).

Dieses aktive Parteimitglied aus der Provinz Bamiyan handelt im Untergrund aufgrund der Gefährdung durch den lokal herrschenden Warlord, dessen Namen niemand aussprach. Andere Funktionäre werden durch Staatsorgane bedroht, wie der Leiter der Solidaritätspartei für die Provinz Nangahar, Ashaq Gharsy, aus eigener Erfahrung berichtet:

„They are warning the people who are helping us. After the demonstration in solidarity with the struggle in Iran and against the executions they invited me to intelligence service and interrogated: ‚Why did you burn picture of Khomeini, Iranian leader? Why are you talking against Pakistan and the US?‘ And they warned me: ‚You must not be like this in future.‘

They cannot give the permission for demonstration against Iran. The director of police told clearly: ‚If you do demonstration against Iran you should be in jail.‘ I answered: ‚Yes, if you want I can go to jail. It is no problem.‘“ (Ashaq Gharsy, SPA, Interview in Jallalabad, 21.03.2011)

Seit 2010 sind Demonstrationen in den Städten Kabul, Herat, Mazar-e Sharif, Jallalabad und weiteren Orten ein wichtiger Bestandteil der basispolitischen Arbeit von Hezbe Hambastagi. Mit diesen Demonstrationen wird auch gezeigt, dass, trotz aller Risiken, ein öffentlicher Ausdruck von Widerspruch zu den Entwicklungen mit dem „Wiederaufbau“ möglich ist und eine wichtige politische Dynamik in Gang setzt. „Trotz Drohungen sind wir aktiv. Unsere Losung ist die Forderung nach Demokratie. Das findet Zustimmung bei den Menschen.“ (Pahiz, SPA-Sprecher, Workshop in Berlin, 29.01.2011)

Hezbe Hambastagi hat insbesondere auf junge Leute eine große Anziehungskraft, auch aufgrund ihres direkten und offen-konfrontativen Auftretens mit Demonstrationen und den politischen Erklärungen dazu. Ein junger Aktivist der Partei, den ich im Oktober 2012 in einem Workshop kennenlernte, den ich mit Mitglieder von Hezbe Hambastagi durchgeführt habe, erzählte wie er zur Partei kam: Als er noch zur Schule ging, hörte er von Hezbe Hambastagi, von ihren Demonstrationen und anderen Aktivitäten. Er verfolgte das auf deren Website und bei Facebook. Jetzt sei er für sein Studium aus der Provinz Farah nach Kabul gekommen. Er betont, dass er sich zuerst bei Hezbe Hambastagi „eingeschrieben“ habe und danach erst an der Universität. Einige junge Frauen im Workshop berichteten ähnliches. Die Aktivitäten und Demonstrationen, die Informationen auf der Website und über Facebook hätten sie motiviert – doch zudem betonten sie, dass diese Organisation für Frauenrechte arbeitet. Eine Studentin bekundet, dass sie nun, wo sie in Kabul sei, zur Solidaritätspartei gekommen ist, um sich selbst zu befreien. Zuvor in der Provinz wären die Schwierigkeiten für Frauen enorm hoch gewesen. Es gäbe keine Rechte für Frauen. „Diese Organisation arbeitet für die Menschen, sie wird durch die Menschen gebildet, durch uns, durch Studierende. Es ist die einzige Organisation, die den Schmerz der Menschen ausdrückt“, formulierte eine weitere Person (Gesprächsnotizen, Workshop in Kabul, 10.10.2012).

FRAUENKAMPF VERSUS „GESCHENKTE“ FRAUENBEFREIUNG

Der Einsatz für Frauenrechte, die Förderung von Frauen und die gleichberechtigte politische Arbeit von Frauen und Männern haben innerhalb von Hezbe Hambastagi einen sehr hohen Stellenwert. Im Programm der Partei heißt es bei der Auflistung

der Ziele: „To uphold women’s rights on the basis of the equality of rights for men and women.“ (Parteiprogramm SPA) Sehr frauenpolitisch-selbstbewusst sagen sie über sich selbst:

„The Solidarity Party of Afghanistan (SPA) has a firm belief in the capabilities of Afghan women. We are proud to be one of the few parties in the country who have always been active in the path of women’s liberation, both in words and actions. We ignore the imprudent views that a woman is half a man, incapable, and weak, as moronic nonsense.“ (SPA-Erklärung, 08.03.2013)

Die Solidaritätspartei Afghanistan (SPA) beschreibt Afghanistan als ein großes Gefängnis für die dort lebenden Frauen. Die gegenwärtige Besatzung durch die USA und seine Verbündeten hat die miserable Lage der Frauen für ihre politischen Ziele ausgenutzt. Gleichzeitig sind die größten Feinde der Frauenrechte und Menschenrechte an die Macht gebracht worden, sodass Frauenunterdrückung und Gewalt gegen Frauen weiterhin zum Alltag gehören, analysiert die SPA. „They have given warlords and different species of fundamentalists a free hand in committing violence against our women till today.“ (SPA-Erklärung, 08.03.2013) Neben Armut und fehlender Gesundheitsversorgung, die die weltweit höchste Müttersterblichkeit in Afghanistan zur Folge haben, werden Frauen Opfer krimineller Handlungen. „Rape and trafficking of women has peaked. Injustice and corruption in the judicial bodies of Afghanistan is even worse than that of the dark era of the Taliban; there are many cases where the Afghan courts have greatly pressurized our browbeaten women, both mentally and physically.“ (Ebd.) Für diese Verbrechen sind „fundamentalists of every creed“ (ebd.) verantwortlich oder sie decken diese: Taliban, die Fraktionen der Jihadis und auch die Velayat-e-Faqih, die Regierung durch islamische Juristen. Es wird hervorgehoben, dass ausgerechnet das Justizministerium und das Verfassungsgericht für die angestrebte Beteiligung der Taliban an der politischen Macht vorgeschlagen werden. „Now this warlord-favoring attitude has reached a point where Karzai offers the Ministry of Justice and Supreme Court to the Taliban, these enemies of women and humanity, so that they can freely implement their savage laws on our unfortunate women once again.“ (Ebd.)

Im Westen propagierte Fortschritte für Frauen in Afghanistan würden nur einer sehr kleinen Minderheit von Frauen helfen. Diese wenigen Frauen würden als Symbole der Emanzipation missbraucht. „They have placed a few women here and there as vitrines.“ (Ebd.) Dazu gehören das Frauenministerium, die Frauenquote im Parlament und die Benennung von Frauen als Ministerinnen, Gouverneurinnen und für andere Staatsposten. Immer die gleiche Handvoll Frauen würden zu internationalen Treffen eingeladen, wo diese die fortgesetzte Präsenz des internationalen Militärs befürworten. Hiermit würde einer Empfehlung des US-amerikanischen Auslandsnachrichtendienstes CIA, Central Intelligence Agency, gefolgt, die betont, dass afghan-

ische Frauen am besten geeignet seien, um Skeptiker*innen in den europäischen Gesellschaften von der Notwendigkeit des Krieges zu überzeugen (vgl. CIA Red Cell, 11.03.2010).

Als im März 2015 die Religionsstudentin Farkhunda Malikzada nach einem religiösen Streitgespräch mit einem Amulettverkäufer vor einer Moschee von diesem lautstark beschuldigt wurde, Teile des Korans verbrannt zu haben, entbrannte unmittelbar eine Lynchmobstimmung unter den sie umgebenden Männern. Obwohl auch zahlreiche Polizisten anwesend waren, wurde die junge Frau von Hunderten Männern beschimpft, gedemütigt, geschlagen und getreten. Ihre brutale Misshandlung und Ermordung – sie wurde von einem Dach gestoßen, von einem Auto überrollt und mitgeschliffen, in ein Flussbett beworfen, mit Steinen beworfen und verbrannt – fand mitten am Tag, mitten in der Innenstadt von Kabul statt, und wurde unmittelbar von zahlreichen Handykameras aufgezeichnet und in sozialen Netzwerken verbreitet. Gewalt und Morde an Frauen bleiben erfahrungsgemäß straffrei; dieser hemmungslose Gewaltakt der anwesenden Männer ist ein Ausdruck dieser frauenfeindlichen gesellschaftspolitischen Situation. Doch dieser Mord an Farkhunda brachte das Fass zum Überlaufen. Anstatt sich immer vorsichtiger und zurückhaltender zu verhalten – Afghanistan wurde 2011 von der Thomson Reuters Foundation als das weltweit gefährlichste Land für Frauen eingestuft (vgl. Anderson 2011) –, sind Frauenrechtlerinnen offensiv aufgetreten und haben sich, weltweit wahrgenommen, über religiöse und traditionelle Gewohnheiten hinweggesetzt und erstmalig in Afghanistan als Frauen den Sarg zum Grab zu tragen. Ein reaktionärfrauenfeindlicher Mullah, der den Mord zudem in öffentlichen Stellungnahmen legitimiert hatte, wurde daran gehindert, ein Totengebet am Sarg von Farkhunda zu sprechen. Weltweit unterstützte Kampagnen für Gerechtigkeit und die Aufklärung und Bestrafung von Frauenmorden und konkret der Mörder von Farkhunda entstanden. „[...] Farkhunda’s innocent blood tore away the mask of the obscurantist criminals, and for the first time in years galvanized our people into clamouring for justice and standing up against the barbarism of the fundamentalists.“ (SPA-Erklärung, 17.03.2016) Die Solidaritätspartei Afghanistan organisierte Demonstrationen und forderte eine angemessene Verurteilung der Mörder. „Without seeking justice for blood of Farkhunda, chanting slogans of women’s rights is betrayal to women! If the corrupt and traitor courts of Afghanistan forgive them, our people will not forgive!“ (SPA-Erklärung, 06.07.2015) Die Aktivist*innen der Solidaritätspartei machten deutlich, dass es nicht ausreicht, einige Polizisten zu entlassen, einige vorgeschobene Täter zu präsentieren und halbherzige Prozesse zu führen. Neben einem ernsthaften, den Frauenmord nicht gering wertenden Gerichtsverfahren, forderte die Solidaritätspartei auch dazu auf, die vielen anderen Frauenmorde vor Gericht zu bringen: Morde durch häusliche Gewalt, Morde durch die Taliban, durch regionale Warlords und auch Morde durch diejenigen, die in der Regierung oder im Parlament sitzen. Es müssten diejenigen aus politischen Machtpositionen entfernt werden, die

Straflosigkeit für Gewalt und Mord an Frauen mitbewirken (ebd.). Nur so können die ungestraften Morde beendet werden.

Um ein besonderes, unübersehbares Symbol dieses Widerstandes gegen Frauenmord zu schaffen, hat die Solidaritätspartei an der Stelle, wo der Mord an Farkhunda geschehen war, ein ca. sieben Meter hohes „Shaheed Farkhunda Monument“ errichtet. Sie haben dafür mit anderen fortschrittlichen, Frauenrechte unterstützenden Organisationen zusammengearbeitet, viel Geld durch kleine Spenden gesammelt, Genehmigungen durchgesetzt, viele Arbeitsstunden investiert und am Jahrestag des Mordes eine große Einweihungsfeier mit Musik, Theater und Reden organisiert. „[T]he blood of the martyred Farkhunda is the conscience of every honorable Afghan. Let us not allow the traitors to trample on our conscience and our honor.“ (SPA-Erklärung, 17.03.2016) Die mutigen Proteste für Gerechtigkeit für Farkhunda und gegen weitere Frauenmorde waren dermaßen kraftvoll, dass Selay Ghaffar von der Solidaritätspartei davon sprach, dass dies der Beginn eines Aufstandes sei, doch dieser müsse in Bewegung bleiben (vgl. Sarkar, 08.04.2015).

Auch vor diesen Ereignissen hat Hezbe Hambastagi Veranstaltungen organisiert, die den Kampf für Frauenrechte ins Zentrum stellen. Seit dem Jahr 2006 organisiert die Solidaritätspartei in der Provinz Nangahar Feiern anlässlich des 8. März, dem Internationalen Kampftag der Frauen. Es sind große Versammlungen mit Reden, Musik und Theater gegen Frauenunterdrückung. Sie tun dies trotz großer finanzieller Schwierigkeiten, betont der regionale Leiter der Partei. Diese 8.-März-Feiern seien ihnen sehr wichtig (Ashaq Gharsy, Interview in Jallalabad, 21.03.2011). Auch in der Hauptstadt des Landes, in Kabul, hat die Solidaritätspartei 2013 eine zentrale Feier zum 8. März mit etwa 1000 Teilnehmenden durchgeführt.

Die Solidaritätspartei stellt in ihrer Erklärung zum Internationalen Kampftag der Frauen, am 8. März 2013, heraus, dass Frauenbefreiung nicht von außen „geschenkt“ („gifted“) werden kann. Stattdessen wäre es in allen Ländern immer ein langer Kampf sowie koordinierte und harte Arbeit von Frauenorganisationen gewesen, durch die Frauenrechte durchgesetzt wurden. „Only women can free themselves through a conscious and united struggle for their rights.“ (SPA-Erklärung, 08.03.2013)

Damit Frauen direkt gehört werden, hat die Solidaritätspartei im Juni 2013 auf einem internationalen Treffen in Pakistan beschlossen, zukünftig eine 50-Prozent-Teilnahme von Frauen an Konferenzen zu sichern (vgl. SPA-Konferenz-Resolution, 24.06.2013). Die Frauen in der Solidaritätspartei treffen sich zu regelmäßigen Frauenversammlungen. Es gibt eine Frauensprecherin, die an allen wichtigen Treffen der Partei und mit Bündnispartnern teilnimmt und die Partei auch im Ausland vertritt. Die politische Arbeit von Frauen wird sehr hoch geschätzt und für die Zukunft wünschen sich die Aktivist*innen von Hezbe Hambastagi eine Frau an der Spitze der Partei. „[W]omen have practically proved that when they arise, they can play a worthy part better than men can. We hope for a day when one of our female cadres becomes the leader of our party.“ (SPA-Erklärung, 08.03.2013)

SOLIDARITÄT MIT ANDEREN BEFREIUNGSKÄMPFEN UND BEWEGUNGEN

Am Ende der Seiten ihrer Website fasst die Solidaritätspartei ihre Ziele kurz zusammen und nennt als letzten Punkt: „Defending the emancipatory and progressive struggles of captive nations of the world“ (Website SPA). Die Aktivist*innen der Solidaritätspartei Afghanistan begreifen den Namen ihrer Partei auch in diesem Sinne der internationalistischen Solidarität. Ihrem Namen treu bleibend, hat sich die Solidaritätspartei in den Jahren 2010 und 2011 mit der Freiheitsbewegung im Iran solidarisiert und anlässlich von Hinrichtungen im Iran, die auch Afghan*innen betrafen, eine Demonstration zur iranischen Botschaft durchgeführt. „A lot of people in Afghanistan really appreciated this. There was also a party inside of Iran, which was freedom party, and they appreciated, too. By call and sending email they appreciated the demonstration.“ (Pahiz, Sprecher SPA, Interview in Kabul, 13.07.2010) Die Aktivist*innen von SPA erklären, dass der Kampf gegen religiösen Fundamentalismus höchste Bedeutung hat und die Bewegungen miteinander verbindet.

„The movement of our people for independence, freedom and democracy will be fraud, unsteady and very vulnerable without taking decisive and irreconcilable lodgment against the rabid regime of Iran who is playing on the blood of blazing stars of sorrowful heavens of Iran.“ (Erklärung von SPA, 13.05.2010)

Am 29. Januar 2011, dem Internationalen Tag zur Verteidigung politischer Gefangener im Iran, wurden gleichzeitige Demonstrationen mit einer Beteiligung von insgesamt mehreren tausend Menschen in vier afghanischen Städten durchgeführt. „Long live to solidarity of freedom loving forces of Iran and Afghanistan!“, heißt es im Aufruf (SPA-Erklärung, 29.01.2011).

Pakistan als weiteres wichtiges Nachbarland nimmt bei den Solidaritätsbeziehungen der Solidaritätspartei Afghanistan eine wichtige Rolle ein. Am 11. Juli 2011 hat sich die Solidaritätspartei mit den Menschen in Pakistan gegen die pakistanische Regierung solidarisiert, in Jallalabad nahe der Grenze zu Pakistan demonstriert und zum Aufstand aufgerufen:

„The world has changed. The thunderstorms of the Arab Spring are sure to reach Afghanistan and Pakistan and consign the ISI-state²⁰ of Pakistan and the Mafia-state of Afghanistan like chaff to the dustbin of history. [...] Hail to the advent of independence-seeking, democracy seeking national insurrections in Afghanistan and Pakistan!“ (SPA-Erklärung, 11.07.2011)

20 ISI (Inter-Services Intelligence) ist der pakistanische Geheimdienst.

Als im Herbst 2014 im Kanton Kobanî in Nordsyrien bzw. Westkurdistan/Rojava die kurdischen Verteidigungseinheiten der YPG (Yekîneyên Parastina Gel) und Frauenverteidigungseinheiten YPJ (Yekîneyên Parastina Jin) die seit Januar 2014 selbstverwaltete Region gegen die Angriffe des Islamischen Staat (IS) verteidigten und am 1. November 2014 zu einem internationalen Aktionstag aufgerufen wurde, hat sich die Solidaritätspartei Afghanistan mit Demonstrationen in sieben afghanischen Provinzen (Bamiyan, Nangarhar, Balkh, Herat, Takhar, Farah und Nimruz) beteiligt. Es wurden Parallelen beschrieben zwischen der Rolle von ISIS im Mittleren Osten und den islamistischen Organisationen in Afghanistan. „This ultra-reactionary and inhumane group [ISIS], like the Taliban and Al-Qaeda, is paving the way, in the name of Islam, for the neo-colonialist schemes of the US and the West.“ (SPA-Erklärung, 01.11.2014.) Ihnen ist bewusst, dass die fortschrittliche Befreiungsbewegung in Kobanî und alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in der Region durch die Angriffe der ISIS wieder zum Verschwinden gebracht werden sollen. „[T]he progressive Kobani liberation movement is an eyesore for the US and its allies in the region. They would love for those unrelenting freedom fighters to be suppressed in order for Syria to be drained of any and all democratic and progressive elements.“ (Ebd.)

Sie schreiben davon, wie der Verteidigungskampf von Kobanî weltweit und auch in Afghanistan eine große Inspiration darstellt: „Kobani has taught valuable lessons to all freedom seekers and has brought unity and a sense of direction to the ranks of anti-imperialist and anti-fundamentalist forces around the world.“ (SPA-Erklärung, 01.11.2014) Im Selbstverständnis der Aktivist*innen der Solidaritätspartei Afghanistan ist als sehr wichtig, Unterstützung zu geben, trotz der erstickenden Katastrophe mit der sie selbst in Afghanistan zu kämpfen haben. „We call for a joint, unremitting fight against religious fascism and vampire world powers. Defence of the just cause of Kobani is the duty of all who fight for a world free of oppression and injustice.“ (Ebd.)

Die starke Beteiligung von Frauen an dem in West-Kurdistan/Nordsyrien geführten Kampf ist für die Solidaritätspartei ein wichtiger Bezugspunkt:

„What makes the Kobani movement an outstanding and awe-inspiring example to the world is the presence of armed women, veritable lionesses, in the forefront of the battles. [...] The radiant example of Kurdish women in Kobani is a great lesson in love of country and of humanity for all captive nations enthralled by puppet regimes, especially for organizations of freedom-loving women.“ (SPA-Erklärung, 01.11.2014)

Im März 2011 konnte ich auf einer Demonstration der Solidaritätspartei auf einem mitgeführten Plakat lesen: „We sent salutations to brave people of Tunisia, Egypt, Iran, Libya, Yaman etc. for their heroic uprising against tyranny!“ Auf einem anderen Poster stand: „Youth of Iran, Egypt, Tunisia, Libya ... Thank you for showing us the way out!“ Die Aufstände des Arabischen Frühlings im Jahr 2011 wie auch der Aufbau und die Verteidigung der Selbstverwaltung und Selbstorganisie-

rung in Rojava/Föderation Nordsyrien seit 2013 sind wichtige Inspirationen und Vorbilder für die Aktivist*innen der Solidaritätspartei.

„Our party assigns great value to the global solidarity of democratic and progressive forces“, hebt Mahmoud Pahiz hervor (Pahiz, Redemanuskript, Berlin, 29.01.2011). Ashaq Gharsy, der Leiter von Hezbe Hambastagi in der Provinz Nangahar, betonte im Gespräch, wie großen Wert sie auf Beziehungen des Internationalismus legen. Sie brauchen diese Beziehungen, sagte er, doch das bedeutet nicht, dass sie diese Beziehungen einseitig begreifen: „We can support them in different situation.“ (Ashaq Gharsy, SPA, Interview in Jallalabad, 21.03.2011)

Die Solidaritätspartei baut solidarische Bezüge sowohl zu „the freedom-loving people of enslaved nations“ (SPA-Erklärung, 06.10.2012) als auch zu sozialen Bewegungen im Westen auf. In den Aufrufen zu Demonstrationen anlässlich des 10. und des 11. Jahrestages der US-Militärintervention vom 7. Oktober 2001 stellt die Solidaritätspartei einen solidarischen Bezug zu weltweiten Antikriegsbewegungen her, die angesichts von 850 globalen Militärstützpunkten der USA bestehen (vgl. SPA-Erklärung 07.10.2011; SPA-Erklärung, 06.10.2012). Auch die Solidarität mit Bradley Manning – inzwischen Chelsea Manning –, die (zuvor der) inhaftiert ist, seit sie 2010 als US-Militärangehörige im Nachrichtendienst Nachweise zu US-Kriegsverbrechen im Irak- und Afghanistan-Krieg zur Veröffentlichung auf Wikileaks weitergab, wird von der Solidaritätspartei Afghanistan im März 2013 mit einer Kundgebung in Kabul ausgedrückt.

Im Weiteren wird in einem Flugblatt der Solidaritätspartei Afghanistan beispielsweise die Occupy Wall Street Bewegung und deren Slogan „Wir sind 99 %“ benannt: „What is certain is that the people of the West have also recognized their ruling regimes' criminal nature, and are standing up against their bullying policies. [...] The sparks of the Occupy Wall Street movement and the slogan ‚We are 99 %‘ has not faded.“ (SPA-Erklärung, 06.10.2012) Die Solidaritätspartei unterscheidet klar zwischen den Regierungen und den Menschen, die unter diesen Regierungen leben. Sie beobachten Entwicklungen von Protestbewegungen, wie beispielsweise die Studentenbewegung in Chile, und nehmen Bezug darauf. Bereits vor dem Kampf um Kobanî waren ihnen die kurdischen Frauen ein Vorbild:

„We can see a clear example in Kurdistan where women have participated actively in all fields and achieved their rightful demands with their own hands. As pioneers in their freedom-seeking war, they have even stood unitedly by the men in their armed struggle.“ (SPA-Erklärung, 8.03.2013)

Bei passenden Anlässen wird von der Solidaritätspartei Afghanistan auch dazu aufgefordert, ihnen gegenüber eine Solidarisierung praktisch zu entwickeln. So erklärte Mahmoud Said Pahiz als Vertreter der Solidaritätspartei Afghanistan auf der Kon-

ferenz „Das andere Afghanistan“, die am 28. und 29. Januar 2011 in Berlin stattfand:

„We request the anti-war forces in Germany, those who defend justice and freedom, not to forget their comrades in Afghanistan. Our call to you is this: If your governments render assistance to the most sanguinary enemies of freedom and democracy, it is you we look to for practical support to the Solidarity Party of Afghanistan and other popular forces, it is you we expect to play your positive role in our people's struggle for emancipation from the clutches of tyranny and ignorance.“ (Pahiz, Redemanuskript, Berlin, 29.01.2011)

Als im gleichen Jahr, am 3. Dezember 2011, Friedens- und Antikriegsgruppen in Bonn gegen die zweite Afghanistan-Konferenz demonstrierten, 10 Jahre nach dem Petersberger Afghanistan-Gipfel, war Mahmoud Pahiz erneut aus Kabul angegeist, um mit motivierenden Reden die Proteste unterstützend dabeizusein.

PROGRESSIVE BÜNDNISSE MACHEN

Als Mahmoud Pahiz, Sprecher der SPA, in Berlin ein Gespräch mit politischen Aktivist*innen führt, betont er die große Bedeutung von Bündnissen (Pahiz, Berlin, 07.12.2011). Um die Arbeit ihrer Partei und für die Menschen in Afghanistan zu stärken, würde die Solidaritätspartei alle Möglichkeiten ausschöpfen, um mit Menschen zusammenzuarbeiten. Es sei nicht wichtig, immer in allem übereinzustimmen. In einem Zeitungsinterview formulierte Hafiz Rasikh von der Solidaritätspartei diese Haltung mit diesen Worten:

„Our main goal is to join forces with all the democratic and progressive voices of Afghanistan. We are aware that this may involve having to deal with differences in opinion, however, we believe that any divergences can be overcome by engaging in a fair confrontation.“ (Rasikh, SPA, Interview von Osservatorio Afghanistan, 10.02.2014)

Bündnisse können auch gemacht werden, erklärte Mahmoud Said Pahiz, wenn nicht in allen Punkten politische Übereinstimmung besteht. Aber um sich gegen die Besatzungssituation zu verbinden, müsse es zudem eine klare Abgrenzung gegen reaktionär-fundamentalistische Denkweisen als Grundlage geben. Ein entsprechender Slogan lautet: „No Occupation, No Taliban, No Northern Alliance; Power to the People of Afghanistan!“ (SPA-Erklärung, 19.08.2010) In einem anderen Aufruf heißt es: „Nor the US, neither the Taliban and Jihadis, an independent, free and democratic Afghanistan!“ (SPA-Erklärung, 06.03.2011) Wenn eine Einigkeit darin besteht, gegen die Besatzung zu kämpfen und sich gleichzeitig auch gegen die Taliban und alle anderen Fundamentalisten zu stellen, könnte ein Bündnis aufgebaut werden, bekräf-

tigte Mahmoud Pahiz (Berlin, 07.12.2011). Frauenrechte und Demokratie sind weitere entscheidende Grundprinzipien. Sie haben bereits Bündnisse gemacht und sind nicht allein in Afghanistan, hebt Pahiz hervor. Ahmad (Name geändert), Mitglied der SPA, mit dem ich in Kabul im Büro von Hezbe Hambastagi ein ausführliches Gespräch führe, erinnert an die Situation zum Ende der sowjetischen Besatzung bzw. der sozialistischen Regierungszeit. Ohne ein starkes demokratisches Bündnis sei die Gefahr unkontrollierter Willkürherrschaft fundamentalistischer Gruppen groß. „[F]irst of all we need to unite the people who believe in democracy. The people who believe in democracy can make some platform, and make a bigger and bigger party, than make some political activities in provinces.“ (Ahmad, Name geändert, Interview in Kabul. 13.08.2010) Die historischen Erfahrungen müssen heute beachtet werden. „If we give, make one mistake, we loose a lot of people.“ (Ebd.) Das Wichtigste sei, Verbindungen zwischen den Menschen im ganzen Land herzustellen, über Sprach- und Ethniengrenzen und andere mögliche Trennungen hinweg. Zudem bräuchten sie internationale Unterstützung: „Then, and also, we need the support of some international ... international parties or organizations, they believe democracy and freedom and social justice. [...] And also they can invite the people who are active to their country.“ (Ebd.)

Zu linken Organisationen in Pakistan, der Awami Party, der Workers Party und weiteren, wurden konkrete Beziehungen der Zusammenarbeit aufgebaut. Mindestens drei gemeinsame Konferenzen wurden im Dezember 2011, im Oktober 2012 und im Juli 2013 durchgeführt. Bei solchen Anlässen zeigt Hezbe Hambastagi auch deutlicher ein linkes politisches Profil, als es ihnen bei ihrer Arbeit innerhalb der afghanischen Gesellschaft sinnvoll und möglich erscheint. Das dritte dieser Treffen fand in Kabul statt und war im Unterschied zu den ersten beiden Treffen in Lahore, Pakistan, nicht hauptsächlich von Parteien dominiert. Diese dritte Konferenz war breiter zusammengesetzt. An den Diskussionen beteiligten sich Menschenrechtsaktivist*innen, der Afghanische Nationale Studierendenverband, prominente Personen wie die Aktivistin Malalai Joya, ein Vertreter des fortschrittlichen E-Zine *Viewpoint* aus Pakistan, die Afghan Labour Revolutionary Organization, Engineer Bashir als Vertreter eines Tribal Council und auch politische Künstler wie Dr. Timor Rehman und Mahvash Waqar von der populären Band Laal aus Pakistan. Der dritte Tag wurde durch kulturelle Beiträge und ein Konzert bestimmt:

„The joint event of the justice-seeking artists of Afghanistan and Pakistan in an unforgettable evening, led a person to think that if progressive and freedom-loving elements and forces of both countries unite against their reactionary, corrupt and treacherous governments, they can undoubtedly play an important role in changing the situation of the region and freeing their countries from the monstrous claws of fundamentalism, ignorance, and colonization.“ (SPA-Bericht, 28.07.2013)

Hinter diesen Treffen steht die grundlegende Idee, ein breites Bündnis der fortschrittlichen Kräfte der Region zu schaffen, „[a] systematic and practical unity, alignment and solidarity of progressive forces not just in Pakistan and Afghanistan but all the freedom fighting forces in the region“ (ebd.). Die Diskussionen beschäftigten sich vor allem mit religiösem Fundamentalismus, islamistischem Terrorismus und der US-Besatzung in Afghanistan. Die fortschrittlichen Aktivist*innen und Organisationen aus Pakistan und Afghanistan waren sich nach ihren Konferenzen darin einig, dass Fundamentalismus in beiden Ländern weiterhin staatliche Protektion erfährt und dass westliche imperialistische Staaten nicht dem Fundamentalismus entgegen arbeiten, sondern nur gegen die Fundamentalisten, die nicht bei den imperialistischen Anforderungen mitmachen (vgl. Dawn News, 08.10.2012).

„Hafeez Rasikh from SPA talked about the history of fundamentalism and terrorism, its connection with the US and west and the support it receives through the army and intelligence of Pakistan. He described how on the one hand, these fundamentalists are used as a weapon against the masses and especially women on the one hand; and how on the other hand this lethal disease is used as a threat, and an excuse for the permanent presence of foreign countries in the region, and construction of military bases in Afghanistan.“ (Dawn News, 08.10.2012)

Vor allem beim dritten Treffen in Kabul wurde bei allen behandelten Themen immer wieder die Perspektive von Frauen und auf Frauenrechte eingenommen und betont. Belquees Roshan, Parlamentsabgeordnete als Vertreterin der Menschen aus der Provinz Farah, die an der Konferenz teilnahm, sprach dort über den Hintergrund der frauenfeindlichen Situation in ihrem Land:

„Twelve years after the US invasion under the bogus banner of supporting women’s rights, the condition of Afghan women is still miserable and their fate is decided by others. [...] A large number of female government officials and parliamentarians are not representatives of the people, and are themselves misogynists and ignorant, and the rest are scared of telling the truth [...].“ (SPA-Bericht, 28.07.2013)

Es wurde diskutiert, inwieweit sich die Globalisierung des Kapitals und das Anwachsen des Fundamentalismus mit den Interessen der USA decken und eine ernstzunehmende Gefahr für Frauenrechte darstellen. Die offizielle Anerkennung der frauenfeindlichen Taliban als politischer Akteur, mit dem über eine Machtbeteiligung verhandelt wird, wurde als ein weiteres Problem gesehen.

HOFFNUNGSLOSIGKEIT DURCHBRECHEN – GEGEN KRIEGSVERBRECHEN DES US-MILITÄRS DEMONSTRIEREN

In Afghanistan zu demonstrieren, erfordert viel Mut. Noch im Mai 2009 wurde mir erklärt, dass es kaum Erfahrungen mit dem Verlauf von Demonstrationen gibt, die nicht durch Waffeneinsatz der Sicherheitskräfte oder Warlord-Milizen beendet wurden. „There is not a democratic culture in Afghanistan. Every demonstration turns to violence.“ (Massoud Martin, damaliger Sprecher von SPA, Interview, Kabul, 17.05.2009) Doch was Anfang 2009 noch schwer durchführbar erschien, wurde schon bald darauf zur regelmäßigen Praxis der Solidaritätspartei. Mit den Demonstrationen sollte auch wieder die Hoffnung zurückgewonnen werden, dass es möglich ist, politisch zu handeln und wirksam zu sein.

Eine erste positive Erfahrung mit einer Demonstration gab es allerdings bereits im Jahr 2008. Als Teil der Solidaritätskampagne für den studentischen Journalisten Pervez Kambakhsh fand in Kabul eine Demonstration statt, die von der Solidaritätspartei unterstützt wurde. Mit dieser Kampagne konnte Pervez Kambakhsh vor der Todesstrafe und weiterer Inhaftierung gerettet werden. Danach bildeten die Anfang 2010 von Hezbe Hambastagi organisierten Demonstrationen gegen die Hinrichtungen im Iran den Anfang von vielen seither durchgeführten Demonstrationen. Diese Aktivitäten fanden in mehreren afghanischen Städten statt und wurden von ihnen selbst als sehr erfolgreich angesehen. Der junge Nachwuchs brachte eine entschlossene, konfrontationsfreudige Grundstimmung in die Partei. Das zeigte sich symbolisch auch an Farbeiern, die zum Abschluss einer dieser Demonstrationen die Botschaft des Iran trafen. Ein Mann erzählte mir, dass er sich der Solidaritätspartei anschloss, weil er gehört hatte, dass auf einer der Demonstrationen eine US-amerikanische Flagge brannte. Das gab ihm die Hoffnung zurück, die er verloren hatte, als er aus dem Exil zurückkehrte und feststellte, dass das Land nicht in den Händen der Bevölkerung ist, sondern durch die USA kontrolliert wird. Mahmoud Said Pahiz, den ich im Sommer 2010 als Sprecher der Solidaritätspartei kennen lerne, gehört zur neuen, jungen Generation der Solidaritätspartei. Er stand damals gerade vor seinen Abschlussprüfungen des Bachelor in Französisch an der Universität von Kabul. Er spricht über die Hoffnungslosigkeit, mit der sie bei ihrem Organisationsprozess umgehen müssen. Während es zu Beginn mit der Entmachtung der Taliban-Regierung durch die US-Militärintervention noch Hoffnungen auf positive Veränderungen gab, wurden bereits einige Jahre danach der Verlust und die Hoffnungslosigkeit umso stärker empfunden.

„Now the situation gets worse, even more than before, because at that time ... now people are so hopeless. And they say: We have lost everything. Because they became very hopeful at the beginning and now they are very hopeless about everything. A lot of people being killed in

these bombardements by american soldiers and everything is very expensive in Afghanistan now.“ (Pahiz, Interview, Kabul, 13.07.2010)

Aufgrund dieser verbreiteten, lähmenden Enttäuschung wird die Erfahrung, in den Straßen zu demonstrieren, auch als wichtige persönliche Erfahrung für die Aktivist*innen beschrieben. Für die Teilnehmenden ist es motivierend, ihre politische Haltung und ihre Handlungsmöglichkeiten damit zum Ausdruck zu bringen. Sie gemeinsam mit Hunderten und Tausenden lautstark durch die Straßen und zu zentralen Orten des Protestes zu bewegen, macht Mut und durchbricht die weit verbreitete Hoffnungslosigkeit. Zudem wird anderen Menschen gezeigt, dass solche Formen von Protest bestehen und sie sich ihnen anschließen oder diese unterstützen können. „We are doing demonstrations. Through this we want to take part in the media and to raise our voice. With this we want the other people to pay attention to us and to see our activities.“ (Pahiz, Sprecher SPA, Interview in Kabul, 13.07.2010)

Am 1. August 2010 habe ich an einer Demonstration der Solidaritätspartei in Kabul teilnehmen können. Anlass waren wiederholte Luftbombardierungen des US-Militärs und konkret eine Bombardierung im Sangeen Bezirk der Provinz Helmand, bei der 52 Zivilisten getötet wurden.

„[A]s usual they claimed shamelessly they have only killed Taliban. [...] The Solidarity Party of Afghanistan calls the wilderness of foreign troops as war crime and tragic massacre, and asks the people of Afghanistan and freedom-loving people of the world to rise and raise their voices against these crimes.“ (SPA-Erklärung, 01.08.2010)

Neun Jahre nach dem US-Militärangriff im Namen von Befreiung, Menschenrechten und Demokratie wären ihnen nur Massaker, Zerstörung, Korruption, Armut, Mafiastrukturen, Warlordism, Terrorismus und ethnische Feinseligkeiten „geschenkt“ worden (vgl. ebd.). Die Notizen in meinem Forschungstagebuch drücken aus, wie diese Demonstration am 1. August 2010 auf mich wirkte:

„Witwen, viele Frauen, junge Frauen. Alle ‚vermummt‘. Nette Begrüßung. Demo-Formierung: Frauen vorne. Viele Banner, Poster, Megaphone. Viele Parolen. Kleiner Lauti [Lautsprecherwagen]. Wenig Polizei mit Schild und Knüttel. Andere mit Gewehr. Frauen dominieren. Am Megaphon. In der Aufstellung, auch zahlenmäßig. Ein Ausdruck von Frauenstärke und Mut. Frauen geben Presseinterviews – vermummt. Sie rufen Parolen vor laufenden Kameras, sie laufen in den ersten Reihen. Sie halten Transparente und Poster. Einige halten Hände. Eine legt den Arm um die Schulter derjenigen, die als eine der ersten Parolen durch das Megaphon ruft. Sie wechseln sich viel ab am Megaphon und mit den Transparenten.“ (Forschungstagebuch, Kabul, 01.08.2010)

Die Demonstration war in zwei Hauptblöcke eingeteilt: Vorn liefen die Frauen und dahinter der Block der Männer. Einige waren aus den Provinzen angereist. Viele schützten ihre Gesichter, um nicht erkannt zu werden oder auf Fotos zu erscheinen. Deshalb benutzten die meisten Frauen ihr Kopftuch, um damit gleich das ganze Gesicht bis auf die Augen zu verhüllen. Zudem trugen viele dunkle Sonnenbrillen. Männer schützten ihre Gesichter weniger, unter anderem auch, weil für sie weniger gesellschaftliche Restriktionen für das öffentliche Auftreten gelten und damit weniger Bedrohungen zur Folge haben. Doch einige der Männer trugen Tücher oder Shirts um den Kopf, andere benutzten medizinische Staub- oder Virenschutzmasken.

Diese war eine von vielen Demonstrationen, die immer wieder aus Anlass der Tötung von Zivilisten durch das US-Militär stattfinden. Beispielsweise wurde am 6. März 2011 demonstriert, nachdem innerhalb eines Monats mehrfach zahlreiche Zivilisten bei Luftbombardierungen in der Provinz Kunar, im Nordosten Afghanistans, ihr Leben verloren hatten. Zudem war eine Gruppe von Kindern beim Holzsammeln aus einem US-Militärhelikopter erschossen worden. Bei dieser Demonstration im März 2011 war auch die geplante und schließlich 2014 erfolgte Unterzeichnung des Sicherheitsabkommens zwischen der afghanischen und der US-Regierung über permanente US-Militärstützpunkte in Afghanistan bereits ein Thema für Protest.

„[O]ur people will not stay calm against him [Obama] and his Afghan counterparts for establishing military bases in Afghanistan. Mr. Obama’s administration that could not prevent the uprising of masses in the Arab world will also not be able to stop the uprising of the suffered Afghan nation in the future.“ (SPA-Erklärung, 06.03.2011)

Am Ende der Demonstration wurde eine ausgestopfte lebensgroße Puppe mit dem Gesicht des US-Präsidenten Barak Obama verbrannt. Eine Gruppe umringte die Puppe dabei, hielt Plakate hoch, rief Parolen und zog die Medienaufmerksamkeit auf sich.

EINE BEWEGUNG GEGEN BESATZUNGSPOLITIK AUFBAUEN

Um an die Geschichte anti-kolonialer Kämpfe und Erfolge zu erinnern und um an diese anzuknüpfen, hat die Solidaritätspartei Afghanistan am 18. August 2010 eine Demonstration in Jallalabad durchgeführt. Der 19. August ist der offizielle Unabhängigkeitstag Afghanistans. Im Jahr 1919 hatte König Amanullah Khan erfolgreich einen Massenaufstand gegen die britische Kolonialmacht geführt. Afghanen der verschiedenen ethnischen Gruppen waren an den Kämpfen beteiligt und Großbritannien wurde gezwungen, sich aus der Einmischung in die afghanische Außenpolitik zurückzuziehen, einen Vertrag zur Beendigung des Status’ Afgha-

nistans als ein britisches Protektorat zu unterzeichnen und volle Unabhängigkeit zu gewähren. Bei der Demonstration der Solidaritätspartei im Jahr 2010 wurde an die „Helden der Vergangenheit“ erinnert. König Amanullah Khan und seine Frau Soraya Tarzi Hanim – oder Königin Soraya – waren ein fortschrittliches Paar, förderten kulturelle Angebote und Bildung, bauten die Infrastruktur aus, veranlasseten demokratische Reformen, aber vor allem ergriffen sie weitreichende Maßnahmen zur Durchsetzung von Mädchen- und Frauenrechten. Das Königspaar wurde 1929 aus dem Land getrieben, weil diese Entwicklungen zu schnell verliefen und reaktionären Widerstand auslösten. Auf der Demonstration von Hezbe Hambastagi in Jallalabad, wo sich das Grab von König Amanullah Khan befindet, wurde dazu aufgefordert, sich aus Respekt vor den anti-kolonialen, fortschrittlichen Helden der Vergangenheit gegen die gegenwärtige Kolonialisierung zu erheben und für ein unabhängiges Afghanistan zu kämpfen (vgl. SPA-Erklärung, 19.08.2010). Dafür wird der Zusammenschluss aller angestrebt, die für Freiheit, Gerechtigkeit und gegen Fundamentalismus eintreten.

„[O]ur party is taking her first steps, however small, for getting independence, democracy and justice; and is shaking every compatriots' hands whose hearts are wounded from this tragic situation and ask them to play their role in struggle without any tribal, ethnic, religious, regional and gender insularity against foreign invaders and local defectors ruling in the country; and perform our ancestors tradition.“ (Ebd.)

Die Solidaritätspartei Afghanistan arbeitet daran, eine anti-fundamentalistische Bewegung gegen Besatzungspolitik aufzubauen. Sie laden alle Organisationen und Einzelpersonen, die sowohl gegen das internationale Militär als auch gegen die Macht der Fundamentalisten aktiv werden wollen, ein, sich daran zu beteiligen. „Only an anti-fundamentalist liberation movement can bring independence, freedom and democracy to our people. The ground for popular work among the masses by organisations aspiring to such a movement is now more fertile than ever.“ (Pahiz, Sprecher SPA, Redemanuskript, Berlin, 29.01.2011)

Immer wieder gab es in den Jahren vor 2010 bereits spontane Demonstrationen im ganzen Land, meist anlässlich von durch US-Militär getötete Zivilisten. Die Solidaritätspartei Afghanistan setzt an dieser großen Unzufriedenheit an, die ansonsten oft von fundamentalistischen Gruppen funktionalisiert wird. Als fortschrittliche Kraft ist es das Ziel der Solidaritätspartei, diese Verbitterung in eine landesweite anti-fundamentalistische Bewegung gegen die Besatzung zu lenken.

„During the past years our people have again and again staged indignant demonstrations against the savage massacres of Afghan civilians by US and NATO forces. As a progressive political force, we deem it our duty to give direction to this popular resentment and indignation and

promote it to an all-Afghanistan anti-fundamentalist and anti-occupation movement.“ (Pahiz, Sprecher SPA, Berlin, 29.01.2011)

Zum 10. Jahrestag der US-Militärintervention, am 7. Oktober 2011, hat Hezbe Hambastagi in Kabul eine Demonstration durchgeführt, die einige hundert Teilnehmer*innen umfasste. Seither wurde das in den darauf folgenden Jahren wiederholt. Die Analysen in den politischen Erklärungen der Solidaritätspartei anlässlich solcher Demonstrationen und anderen wichtigen Anlässen sind detailliert und werden mit jedem Anlass ausgeweitet. Diese Texte werden nicht nur auf den Demonstrationen verteilt. Sie werden auch in die Provinzen gebracht, wo sie diskutiert und weitergegeben werden. Oft können Interessierte nicht zu den Demonstrationen anreisen, weil sie die Fahrtkosten nicht aufbringen können.

DIE ANALYSE DER BESATZUNGSSITUATION

In den politischen Erklärungen der Solidaritätspartei Afghanistan wird das Verständnis der Militärintervention als Besatzung begründet (SPA-Erklärungen 19.08.2010; 06.03.2011; 28.04.2011; 07.10.2011; 07.10.2012; 08.03.2013; 28.04.2013). Die Invasion im Oktober 2001 wurde als legitimer Einsatz mit den Begriffen „war on terror“, „Demokratie“, „Frauenrechte“, „Sicherheit“ gerechtfertigt. Die Solidaritätspartei bezeichnet das als geschickte Lügen. Die USA hätten ihre Lektionen von der sowjetischen Besetzung Afghanistans gelernt. Deshalb haben sie vor Beginn der militärischen Invasion Afghanistans zuerst die Welt mit diesen Lügen von ihren guten Zielen überzeugt.

Zudem wurden auch innerhalb der afghanischen Bevölkerung die Bedingungen für die Akzeptanz der Invasion zuvor geschaffen. Denn durch die historisch-kontinuierliche Einmischung der USA mit der Finanzierung und Aufrüstung fundamentalistischer Jihadi-Gruppen, die bis 1989 gegen die sowjetische Besatzungsmacht kämpften, wurde eine zerstörerische, menschenfeindliche Machtpolitik auf den Weg gebracht. Zwischen 1992-1996 tobten rücksichtslose Machtkämpfe, in deren Verlauf Kabul völlig zerstört wurde, Millionen Afghan*innen mussten fliehen und mindestens 65.000 Menschen starben allein in Kabul. Anschließend setzten sich die Taliban als Regierung mit ihrer „Friedhofsordnung“ durch. Nur bedingt durch diese – auch US-gemachte – Geschichte konnten die USA und die Verbündeten erwarten, dass ihre Invasion, in Erwartung eines grundlegenden Einschnitts und Neubeginns, geduldet oder begrüßt wird.

„Our fed-up people were ready to accept a government of any religion, but not Sayyaf, Mazari, Rabbani, Gulbuddin, and Mullah Omar kind of Islamic government, whose only gifts

to our nation were destruction, ignorance and killing. This way, the US's religious servants through their crimes and viciousness, created very favorable social conditions for the invasion of the US and 49 other countries of the world. It was not just by chance that our people, sick and tired of war, would view this event with optimism, and imagine that the presence of foreign forces would save them from Taliban and factional wild beasts.“ (SPA-Erklärung, 07.10.2012)

Auch die anfänglichen Bekundungen der USA, sie würden die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen und zukünftig keine Fundamentalisten unterstützen, werden von der Solidaritätspartei als Lügen betrachtet. Vom ersten Moment an wurde auf die Nordallianz und andere Fundamentalisten gesetzt und mit diesen die erste Regierung gebildet – zunächst als Übergangsregierung ohne Bestätigung durch Wahlen.

„But it was a blatant lie, as we are all witnesses to the fact, that since the very first day of its invasion the US invested in the Northern Alliance bands and supported Sayyaf, Rabbani, Qanuni, Abdullah, Ismail Khan, Khalili, Mohaqiq, Fahim and other blood-drenched fundamentalists by welcoming them into its installed puppet government.“ (Pahiz, Sprecher SPA, Berlin, 29.01.2011)

Die afghanische Regierung unter Hamid Karzai wird als „Marionetten-Regierung“ bezeichnet. Denjenigen, die am besten den Interessen der Interventionsmacht dienen, wurde der Weg dort hinein ermöglicht. Dabei wurde angenommen, dass diese fundamentalistischen Jehadi-Organisationen die westliche Einflussnahme am gefügigsten gewährleisten würden.

„Through the might of its modern weapons, the West placed the destiny of the Afghans into the hands of murderers, criminals and obscurantists. The West realised that only the fundamentalists were ready, like banded slaves, to enter the servitude of the West in return for money and power, and sacrifice the national interests of Afghanistan merely for the interests of their lords and masters.“ (Pahiz, Sprecher SPA, Berlin, 29.01.2011)

Es wird beschrieben, dass die afghanischen Partner der westlichen Interventionsstaaten diejenigen sind, die bereit sind, das Land den westlichen Interessen auszuliefern. Es sind auch diejenigen, die zudem anti-demokratisch und frauenfeindlich sind und deren Vergangenheit bekanntermaßen mit schwersten Menschenrechts- und Kriegsverbrechen gefüllt ist. „[T]hey brought to power the worse human rights and women's rights violators.“ (SPA-Erklärung, 08.03.2013) Diese erhalten finanzielle und machtpolitische Unterstützung. Gleichzeitig erhalten pro-demokratische Organisationen nicht nur keine Unterstützung, sondern sie werden bedrängt und terrorisiert. Die Solidaritätspartei Afghanistan analysiert, dass ähnlich wie im Irak auch in Afghanistan

versucht wird, progressives und freiheitsuchendes Denken auszulöschen. „They try to smash and wipe out progressive and freedom-seeking minds in these countries in order for the West to be able to control these countries headache-free [...]“ (Ebd.)

Weiter wird in den Analysen beschrieben, dass trotz 62 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau, die bis 2012 ins Land geflossen sind, kein Aufbau stattgefunden hat, der den Bedürfnissen der Bevölkerung dient und deren Leben verbessert. Über die Hälfte der Bevölkerung ist arbeitslos, über 70 Prozent leben unter der Armutsgrenze, 2,5 Millionen hungern gar, die Mütter- und Kindersterblichkeit ist die höchste weltweit (vgl. SPA-Erklärung, 07.10.2012). Freie Marktwirtschaft bedeute, dass Afghanistan keine eigene Industrie aufbaut, sondern zum Konsumenten importierter Produkte schlechtester Qualität wird. Die Aufbau-Milliarden verschwinden in den Taschen einer korrupten Elite, einschließlich der Regierung. Land wird rechtlos angeeignet, Geld verschwindet bei Banken, um den Zugriff auf Erzvorkommen wird gestritten und der Drogenhandel ist der wichtigste Wirtschaftsbereich (vgl. ebd.).

Hezbe Hambastagi erklärt, dass es den westlichen Staaten um strategische und ökonomische Ziele geht. Vor allem der Aufbau permanenter Militärstützpunkte der USA sei ein wichtiges strategisches Ziel „[...] for its games in Asia, and [to] threaten its emerging rivals China, Russia, Iran and others. It wants to reserve its military hegemony at any cost“ (SPA-Erklärung, 07.10.2012).

SOLIDARISCH VERBINDEN FÜR DEN AUFSTAND

Mit den Demonstrationen der Solidaritätspartei Afghanistan gegen die Besatzungspolitik werden die USA und der Westen angeklagt, Verbrechen gegen die afghanischen Menschen zu begehen und diese zu betrügen. Ihnen läge nichts am Wohlergehen der Menschen. Der Truppenabzug sei eine Forderung von Millionen geworden (vgl. Pahiz, Berlin, 29.01.2011). In den Erklärungen der Solidaritätspartei Afghanistan zu den Demonstrationen zum Jahrestag der Intervention wird von der Notwendigkeit eines sozialen Aufstands geschrieben: „Silence and accepting the chains of slavery don’t suit the dignity of a proud nation; struggle and insurrection are the only paths to freedom.“ (SPA-Erklärung, 07.10.2011) Im darauffolgenden Jahr heißt es: „[T]hen the US’s colossus war machine will also become helpless in the face of our people’s uprising.“ (SPA-Erklärung, 07.10.2012) In der Erklärung zur Demonstration am 6. März 2011, einer Reaktion auf vom US-Militär getötete Zivilisten, ist zu lesen: „Mr. Obama’s administration [...] will [...] not be able to stop the uprising of the suffered Afghan nation in the future.“ (SPA-Erklärung, 06.03.2011) Emanzipation und Wohlergehen könnten nicht von außen und mit der Verwaltung durch einen Kriegstreiberstaat und dessen lokalen Zuträger geschaffen werden. Das haben elf Jahre Besatzung in Afghanistan erneut bewiesen

(vgl. SPA-Erklärung, 07.10.2012). Nur die Menschen selbst könnten sich befreien. „The people have to take fate into their own hands and achieve noble human values.“ (Ebd.) Die miserable Situation der afghanischen Frauen könne nur durch die Bekämpfung der Besatzung und der durch die Besatzung gestärkten Fundamentalisten verbessert werden. „[S]truggling against fundamentalists and occupiers, is the first step towards the salvation of women. The conscious women should get organized and play their role in this struggle.“ (SPA-Erklärung, 08.03.2013) Mit jedem Tag lernen die Menschen in Afghanistan mehr über den Charakter der USA und ihrer „Handlanger“. Ihre Proteste würden zunehmen (vgl. SPA-Erklärung, 07.10.2012).

Für einen erfolgreichen Kampf gegen die Besatzung müssten die Spaltungen überwunden werden, die als „divide and rule“ Strategie geschürt werden. „By sowing seeds of discord among our different ethnicities, they have inflamed the tribal, linguistic and ethnic divisions in an unprecedented way; for they have established that they can enslave a divided nation very effortlessly.“ (SPA-Erklärung, 07.10.2011) Sie müssten sich selbst befreien von sinnlosen ethnischen, Stammes- oder Sprachengruppen-Konflikten, mit denen ihnen eine Falle gestellt wird.

„Let’s free ourselves from the trap of worthless tribal, linguistic and ethnic conflicts, that our oppressors have brought about to divide us, fight and rise, as one, for independence and freedom against foreign invaders and their internal traitors, so that our country finds its old place among independent countries of the world.“ (Ebd.)

Die Solidaritätspartei betont deutlich, dass an der Verbindung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen gearbeitet werden muss. Das schließt ausdrücklich neben Regionen und ethnischen Gruppen auch verschiedene Gender oder auch Religionsgruppen ein:

„[O]ur party is taking her first steps [...] and is shaking every compatriots’ hands whose hearts are wounded from this tragic situation and asks them to play their role in struggle without any tribal, ethnic, religious, regional and gender insularity against foreign invaders and local defectors ruling in the country [...].“ (SPA-Erklärung, 19.08.2010)

Die Solidarität der Menschen untereinander wird als äußerst wichtig erachtet. Doch die Menschen müssen nach Jahrzehnten mit Kriegen und Machtwechseln, die immer destruktive, gegen die Bevölkerung gerichtete Folgen hatten, erst wieder Hoffnung zurückgewinnen und sich zusammenschließen entgegen den Wirkungen der Spaltungspolitik. Als 2011 die Aufstände in den arabischen und nordafrikanischen Staaten stattfanden, wurden diese als ein Vorbild verstanden. Es wurde jedoch eingeschätzt, dass es noch lange Zeit braucht, bis ein solcher Aufstand, der einen Umsturz bewirkt,

in Afghanistan möglich ist. Doch die Verbindungen untereinander zu einer starken Protest- und Aufstandsbewegung werden als notwendiger Weg gesehen.

„We salute the popular insurrections of the courageous peoples of Tunisia, Egypt, Yemen, Syria, Iran and other countries against their autocratic and dictatorial regimes. We firmly believe that such popular insurrections are the only path towards liberty, and as such, is needed more than ever in our country. We believe that without the people’s struggle and an all-Afghanistan insurrection against tyranny, ignorance and occupation, there will be no liberty or happiness for our nation. Such struggle can only be victorious if it is oriented and led by national, democratic and progressive forces.“ (SPA-Erklärung, 28.04.2011)

Die in der Öffentlichkeit auftretenden Mitglieder von Hezbe Hambastagi sind sich bewusst, dass sie ein großes Risiko eingehen. Doch die Bereitschaft dazu ist da. Im Herbst 2012 sagte mir Hafiz Rasikh vom Vorstand der Solidaritätspartei: „We have to accept arrest, beating, jail, to be killed to change the political situation.“ (Rasikh, Vorstandsmittglied von SPA, Interview in Kabul, 02.10.2012) Wenige Monate zuvor war nach einer Demonstration versucht worden, die Solidaritätspartei Afghanistan zu verbieten. Mögliche Anklagen mit dem Vorwurf der Blasphemie standen im Raum, die im Falle der Verurteilung die Todesstrafe bedeutet hätten.

Wenn von der Organisierung und einem notwendigen Aufstand geschrieben wird, dann ist das oft mit dem Begriff „national“ verbunden. „The Solidarity Party [...] calls upon all democratic and national forces to speak out.“ (SPA-Erklärung, 07.05.2012) „We shake the hands of all national, patriotic, freedom-seeking and anti-fundamentalist forces of our country [...].“ (SPA-Erklärung, 07.10.2011) Der Begriff „national“ wird dem ethnischen Denken und Vorschlägen zur Teilung des Landes in vermeintlich ethnisch-homogene Gebiete gegenübergestellt. Mit dem Begriff wird auf die Gemeinsamkeit als Afghan*innen verwiesen. Zum anderen steht dieser Begriff auch im Zusammenhang mit der anti-kolonialen Tradition, an die angeknüpft wird. Mit „national“ wird verbunden, sich für das Land im Sinne der Gesellschaft, also der dort lebenden Menschen, einzusetzen. Damit ist dieser Begriff auch eine Entgegnung zu der Erfahrung mit Führungspersonen, die das Land, die Infrastruktur und damit die Lebensbedingungen zerstörten und keinen Respekt vor dem Menschenleben zeigten. Die Aufarbeitung der Verbrechen der vergangenen Herrschaftsphasen und auch schwerer Menschenrechts- und Kriegsverbrechen der Gegenwart sieht die Solidaritätspartei als eine „nationale Angelegenheit“ („national issue“; SPA-Erklärung, 29.09.2013). Nicht „Vergeben und Vergessen“ (ebd.), sondern nur ein entschiedener Ausgleich/Abrechnung („decisive settlement“; ebd.) mit der Vergangenheit könne nationale Einheit, Gerechtigkeit und Wohlstand gewährleisten.

Auch an anderer Stelle wird der Begriff in diesem Sinne verwendet. Beispielsweise wurde während Studierendenprotesten an der Kabuler Universität ge-

gen die Umbenennung der Universität nach einem Kriegsverbrecher betont, dass die Versammlungen eine „national group“ repräsentieren und demnach nicht ethnisch motiviert sind. „Many have also been keen to emphasize that the rallies are not ethnically motivated, insisting that the protestors represent a ‚national group‘.“ (Bezhan, 03.10.2012)

DIE KRIEGSVREBRECHER IN DER REGIERUNG VOR GERICHT BRINGEN

Die Solidaritätspartei Afghanistan erhielt im Juni 2012 eine überraschend große internationale Medienöffentlichkeit. Artikel erschienen unter anderem im britischen Guardian und in der New York Times. Anlass war die Suspendierung der Parteitätigkeit und der Versuch der afghanischen Regierung, die Solidaritätspartei zu verbieten. Auslöser für das Verbotsbestreben waren Äußerungen der Solidaritätspartei, dass die Kriegs- und Menschenrechtsverbrecher der letzten Jahrzehnte vor Gericht gestellt werden sollten. Damit wurde das erste Parteiverbotsverfahren seit dem Sturz der Taliban-Regierung eingeleitet. Das Bild einer Musterdemokratie, die nach Afghanistan geliefert wird, war zu dieser Zeit schon länger nicht mehr aufrecht zu halten. Doch das Anstreben eines Parteiverbots aufgrund der Bekundung einer politischen Meinung, noch dazu mit der Forderung nach Transitional Justice (kollektive Aufarbeitung von Verbrechen nach Kriegen und Diktaturen), war eine Grenzüberschreitung, die den Protest vieler afghanischer und internationaler Menschenrechtsorganisationen und auch von Diplomaten*innen auslöste. Heather Barr von Human Rights Watch erklärte:

„[T]he suspension of the Solidarity Party is one of a number of worrying signs that the space for free speech in Afghanistan may be starting to close. A crackdown on free speech would be a disaster for human rights in a country where rights are already in great peril.“ (Graham-Harrison, 14.06.2012)

Insbesondere die Redefreiheit wurde als gefährdet angesehen. „[I]ts suspension sends a chilling message about shrinking government tolerance for dissent.“ (Ebd.) Das Verbotsverfahren wurde schließlich aufgrund massiver afghanischer und internationaler Proteste gestoppt.

Für die Suspendierung der Parteitätigkeit und das Verbotsverfahren war eine Demonstration der Solidaritätspartei am 30. April 2012 der Auslöser. Mit dieser Demonstration in Kabul wurde auf die schweren Menschenrechtsverbrechen hingewiesen, die in den vergangenen drei Kriegsjahrzehnten begangen wurden und für die keine Aufarbeitung stattgefunden hat. Konkret wurden Führungspersonen

der Jihadi-Organisationen wie auch aus der pro-sowjetischen Regierungszeit, die heute wieder sehr einflussreich sind, beschuldigt und deren rot durchkreuzten Porträts auf der Demonstration mitgeführt. Viele der Beschuldigten sind heutige Regierungsmitglieder. Die Solidaritätspartei forderte, strafrechtliche Untersuchungen einzuleiten und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen, um Gerechtigkeit zu schaffen. Zu diesem Zeitpunkt bestand bereits das Gesetz über eine allgemeine Amnestie, das erlassen wurde, nachdem ein anfänglich eingeleiteter politischer Prozess hin zu Maßnahmen von Transitional Justice den vielen wieder zu Macht gekommenen vormaligen Führern mit Verantwortung für Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen bedrohlich zu werden schien (hierzu ausführlich im Kapitel zu SAAJS).

Anlass für die Demonstration Ende April 2012 war der 28. April, der offiziell zum nationalen Feiertag ernannt wurde. An diesem Tag waren 1992 nach dem Zusammenbruch des Najibuallah-Regimes (Mohammad Najib Ahmadzai, später Najibuallah, war der letzte der sozialistischen Regierungschefs seit 1978 und zuvor Leiter des Geheimdienstes) die Mujaheddin-Führer in Kabul einmarschiert. Die Solidaritätspartei entrüstet sich über eine Feier anlässlich dieses Tages, der eine Phase blutigster Herrschaft und Machtkämpfe einleitete.

„The 28th April is the darkest day in our history. [...] [I]n just four years of their bloody rule, they perpetrated the most horrifying disasters. The destructive factional battles, unending terror and fascism, countless horrible crimes committed by commanders who took control of the streets, the massacre of 70,000 Kabulis, and the complete destruction of our beautiful Kabul.“ (SPA-Erklärung, 27.04.2012)

Dieselben fundamentalistischen Warlords, die ohne jeden Skrupel zwischen 1992 und 1996 Machtkämpfe untereinander in Kabul ausgetragen haben, dabei plünderten, töteten, vergewaltigten, folterten, bombardierten und zerstörten, stellen sich seit Ende 2001 als die neuen Demokraten dar. „In recent years these barbarous Jehadis have covered themselves in perfume and powder and presented themselves as ‚democratic‘ and ‚patriotic‘ governors.“ (SPA-Erklärung, 27.04.2012) Einige wurden sogar als „Helden“ und „Märtyrer des Friedens“ ausgezeichnet.

In den Protest mit einbezogen wird neben dem historischen Bezug auf den 28. April auch der 27. April, der sich auf Ereignisse im Jahr 1978 bezieht, als die sozialistische, aus den zwei Fraktionen Khalq und Parcham zusammengesetzte, PDPA-Regierung (Peoples Democratic Party of Afghanistan) durch einen Staatsstreich an die Macht kam. Dieser Regierung wird nicht nur vorgeworfen, dass sie in der Folge das sowjetische Militär in das Land brachte (Dezember 1979) und damit einen viele Opfer fordernden 10-jährigen Krieg entfachte. In Säuberungsaktionen gegen alle Andersdenkenden wurden bereits 1978 Zehntausende verhaftet und gefoltert. Die meisten sind nie wieder aufgetaucht, sondern wurden getötet und ver-

schwanden in Massengräbern, unter anderem neben dem berüchtigten Pul-e Charkhi-Gefängnis am Stadtrand von Kabul. Unter ihnen befanden sich neben religiösen Eliten, Königstreuen und Islamisten auch Liberale, Linke und Feministinnen. Aufstände entwickelten sich schon bald an vielen Orten im Land. Beim Aufstand in Herat und der Rückeroberung der Stadt durch die Regierungstruppen starben 20.000 Menschen (vgl. Schetter 2010: 98). Nach dem sowjetischen Militäreinmarsch Ende 1979 fanden zahlreiche Protestaktivitäten der Schüler*innen und Studierenden statt. Frauen und Mädchen hatten dabei führende Rollen. Ein bekanntes Ereignis ist eine Protestdemonstration von Schülerinnen der Mädchenoberschulen im Frühjahr 1980 zum zweiten Jahrestag des Staatsstreichs (27. April 1978), auf die geschossen wurde. „Women students taunted the pro-Soviet Afghan soldiers by throwing their head scarves at them and calling them Soviet slaves and women, the latter, unfortunately but not surprisingly, a grave insult in Afghan culture.“ (Brodsky 2003: 63) Die Schülerin Naheed starb durch Polizeikugeln. Auch zu diesen Verbrechen gibt es bis heute keine Aufarbeitung.

Die Solidaritätspartei bezeichnet die Folgen, die mit den beiden verschiedenen historischen Ereignissen an den Tagen des 27. und 28. April eingeleitet wurden, als „calamities“ (SPA-Erklärung, 28.04.2013) – Katastrophen, Unglück, Elend. Diejenigen, die für die begangenen Verbrechen in der Verantwortung gesehen werden, sind mit der internationalen Militärintervention und dem neuen Staatsaufbau zu den lokalen Verbündeten des Neuaufbaus geworden, stellt die Solidaritätspartei Afghanistan heraus. Vom sowjetischen KGB ausgebildete Geheimdienstler passten sich an und besetzen bis heute Posten im afghanischen Geheimdienst. Andere ehemalige Sozialisten beteiligen sich im Parlament. Den Nordallianzvertretern wurde der Weg in die Regierung leichtgemacht. Sie wurden mit Geld und Waffen ausgestattet und konnten ihre alte regionale Gebietskontrolle wieder aufbauen. Zudem wurden die ersten Ministerien in der Übergangsregierung auf dem Bonner Afghanistan-Gipfel am 5. Dezember 2001 in der Mehrzahl an die Führer der Nordallianz vergeben. Auch ehemals in der PDPA-Regierung Aktive (Khalq und Parcham) bekamen wichtige Staatspositionen. Die Involvierung in Verbrechen wurde nicht überprüft und eine Aufarbeitung der Verbrechen nicht eingeleitet.

„The US and NATO took to their service Jehadi killers, Khalqis, Parchamis and a group of professional spies and technocrats who have always operated against our national interest, and by putting up odious shows of elections, established a government of murderers and traitors.“ (SPA-Erklärung, 28.04.2013)

Der Protest anlässlich des 27. und 28. April verbindet sich deshalb auch mit der Forderung nach dem Abzug des internationalen Militärs und dem Ende dieser Besatzungssituation.

Obwohl es sich um zwei Machtergreifungen – 1978 und 1992 – mit sehr verschiedenen politischen Hintergründen handelt, liegen nach dem Verständnis von Hezbe Hambastagi in beiden zusammen die Wurzeln für die gegenwärtige politische Katastrophe in Afghanistan. Deshalb rufen sie seit 2011 aus diesem Anlass jedes Jahr Ende April zur Demonstration auf.

Der zutiefst sensible Aspekt der Proteste am 30. April 2012 war jedoch die Forderung nach Strafermittlungen für die Kriegsverbrechen. Dessen war sich die Solidaritätspartei auch bewusst, denn diese Forderung ist in Afghanistan ein Tabu. Kaum eine/r traut sich, diese Forderung mit konkreten Namen zu verbinden, weil sie sich bedroht sehen. Das sollte mit der Demonstration durchbrochen werden:

„[O]nce again with this massive demonstration on 27th of April we condemn this dark day and demand the prosecution of the criminal leaders of 27th and 28th of April and the Taliban. Our party is committed to breaking the atmosphere of fear and dread with our poor people’s support [...]“ (SPA-Erklärung, 28.04.2013)

Neben den durchgestrichenen Porträts der afghanischen Führer – sowohl Nordallianz-Führer als auch der Taliban-Führer Mullah Omar sowie auch diejenigen des Regimes von Khalq und Parcham – wurde auch das Bild des bosnisch-serbischen Generals Ratko Mladic getragen, gegen den zu diesem Zeitpunkt wegen seiner Kriegsverbrechen vor dem Internationalen Gericht in Den Haag verhandelt wurde. Das sollte die Forderung bildhaft unterstreichen, dass die Verantwortlichen für die in Afghanistan begangenen Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen genauso vor Gericht gestellt werden müssen. Zum Ende der Demonstration wurden einige dieser Bilder zu Boden geworfen. Es wurde auf den Portraits herumgetrampelt und einige wurden auch in Brand gesetzt.

TODESDROHUNGEN WEGEN VERUNGLIMPfung DES JIHAD

Im afghanischen Senat wurde der Solidaritätspartei nach dieser Demonstration, die Strafermittlungen gegen Regierungsmitglieder forderte und die zuließ, dass auf den zu Boden geworfenen Portraits dieser Personen herumgetrampelte wurde, „Verunglimpfung der Werte des Jihad“ vorgeworfen. Weil das in mehreren vorherigen Fällen als „Kritik am Islam“ angesehen und als Blasphemie behandelt wurde, bedeutet das sogar die Bedrohung mit der Todesstrafe (vgl. Ruttig, 11.06.2012).

Hafiz Rasikh vom Vorstand von Hezbe Hambastagi sagte im September 2012 im Gespräch mit mir zu diesen Ereignissen: „Wir sind gegen die Kriegsverbrecher, gegen die Fundamentalisten, die mit US-Unterstützung in der Regierung sind. Das wollen wir ausdrücken. Wir können darüber nicht schweigen.“ (Rasikh, Interview in Kabul,

29.09.2012, Übers. d. A.) Nach der Demonstration Ende April 2012 gab es nicht nur die offizielle Aufforderung, die Parteitätigkeit einzustellen und zur Anhörung vor dem Senat wegen dem beantragten Parteiverbot zu erscheinen; die Partei erhielt zudem Drohanrufe: „Wir werden euer Büro in Brand setzen“ und: „Wir werden euch töten, denn ihr habt die Jihadi-Führer verächtlich gemacht.“ (Ebd.)

Für unser westliches Verständnis zu Zeiten des „Krieges gegen den Terrorismus“, der sich zunehmend gegen jihadistische Bedrohung auch mitten in Europa hochzurüsten scheint, klingt es irritierend, wenn in einem Land des westlich gesteuerten Demokratieförderung die Ehre des Jihad staatlich durchgesetzt werden soll, zudem anlässlich einer Demonstration für Strafermittlungen gegen Kriegsverbrecher. Dies geschieht in einem Land, in dem seit über eineinhalb Jahrzehnten ein zig Milliarden teurer Militäreinsatz mit bis zu 150.000 internationalen Soldat*innen und ein durch westliche Geberstaaten finanzierter Staatsaufbau nach liberalen Vorgaben stattfindet. Diese Anklage wegen Verunglimpfung des Jihad geschieht nach der zivil-militärischen Intervention mit dem angeblichen Ziel, das Land zu befreien von der restriktiven, frauen- und demokratiefeindlichen Taliban-Herrschaft, die auch Raum für die Ausbildung globaler Selbstmordattentäter des „Heiligen islamischen Krieges gegen die Ungläubigen“, also des Jihad, geboten hatte. Es verwundert auf den ersten Blick sehr, wenn in diesem Land des westlichen Staats- und Friedenaufbaus der Jihad dermaßen unantastbar erscheint. „Doch da viele ehemalige Mudschahedinchefs, die sich jetzt Dschihad-Führer nennen, Schlüsselpositionen in der aktuellen Regierung Präsident Hamid Karsais einnehmen, darf Kritik an ihnen höchstens hinter vorgehaltener Hand geäußert werden“, erklärt Thomas Ruttig (Ruttig, 11.06.2012), der als deutscher Afghanistan-Experte gilt und als einer der Co-Direktoren des Afghanistan Analysis Network (AAN) tätig ist, zum Verbotsverfahren gegen die Solidaritätspartei.

Diese provokante Demonstration der Solidaritätspartei hat offensichtlich einen dermaßen sensiblen Punkt getroffen – „they definitely hit a nerve“ (Ruttig, 02.07.2012) –, dass selbst die repressiven Reaktionen auf die Demonstration für die reaktionären und islamistischen Führungspersonen des Landes wiederum entblößend sind. Entsprechend stark war die Wirkung in Afghanistan und weit darüber hinaus. Die Demonstration am 30. April 2012 und das anschließende Verbotsverfahren hatten in der Wahrnehmung kritischer internationaler Beobachter einen hohen Symbolwert, wie diese Äußerung von Thomas Ruttig zeigt:

„How this case will be handled by the Afghan authorities will show how much the rule of law in Afghanistan has evolved where, according to President Karzai’s speech at the NATO summit in Chicago, the ‘foundations of a vibrant democracy’ have already been laid.“ (Ruttig, zitiert nach Graham-Harrison, 14.06.2012)

Human Rights Watch thematisiert anlässlich des Verbotsverfahrens vor allem die Bedrohung der Redefreiheit, ein Recht, das seit 2001 erfolgreich hätte etabliert werden können. Nun würde zum ersten Mal eine politische Partei durch die afghanische Regierung angegriffen, allein für die Äußerung einer abweichenden Sichtweise (vgl. Graham-Harrison, 14.06.2012). Angesichts der Grenzüberschreitung, die der Versuch des Parteiverbots darstellte, der durch die Forderung nach Strafermittlungen unter anderem gegen Regierungsmitglieder ausgelöst wurde, bekam auch die Kritik an der Verfolgung von Journalisten größere Beachtung. Human Rights Watch beklagt, dass Journalisten staatlicher Repression ausgesetzt sind. Informationen werden vor der Öffentlichkeit versperrt und damit Berichterstattung und auch Forschung behindert (vgl. HRW World Report 2013).

„In April, one reporter was detained without charge after his TV station broadcast a show critical of the Kabul mayor. In May, the government accused a foreign journalist of being a spy after she alleged government corruption, [...] and in November reacted harshly to an International Crisis Group (ICG) report, calling the group’s activities ‚detrimental to Afghanistan’s national interests‘ [...].“ (Ebd.)

Die Solidaritätspartei Afghanistan konnte die Sensibilität der Situation und die öffentliche Aufmerksamkeit politisch nutzen. Sie erklärten, dass das Gerichtsverfahren gegen die Partei vor einem internationalen Gericht stattfinden müsse, denn die Leitung der Justiz Afghanistans sei mit Personen besetzt, die mit denjenigen verbündet sind, deren Strafverfolgung die Solidaritätspartei gefordert hatte. Hafiz Rasikh vom Vorstand der SPA erklärte einem Radio-Reporter:

„If the senate wants to prosecute the party, it should be in an international court because the head of the judicial bodies of our country are all people associated with the perpetrators of the 27th and 28th April events. If they will prosecute us in an international court, then good. Let’s go and see who should be sentenced, people who killed 70.000 Kabulis or those who defend those people (Kabulis); those who sold our country to the Russian or those that condemn that day (27th April). Those who claim that they have done Jihad, have in reality misused its name and did business with the people of Afghanistan and should be put on trial.“ (Watandar, 01.05.2012)

Um die verwirrende Komplexität des Bezugs auf den Jihad zu erfassen, muss zudem erklärt werden, warum Vertreter*innen der Solidaritätspartei bei der Anhörung vor dem Beschwerdeausschuss des afghanischen Senats erklärten, dass auch zahlreiche der Gründungsmitglieder ihrer Partei am Jihad gegen die sowjetische Besatzung teilgenommen hatten. Zu den Mitgliedern von Hezbe Hambastagi gehören ehemalige Mujaheddin, die sich in den 1980er Jahren bewaffnet am Widerstand beteiligten. Der Begriff Mujaheddin bezeichnet in der Regel Kämpfer zur Verteidi-

gung oder Verbreitung des Islam oder des Heiligen Krieges. Zur Erläuterung folgt ein Kapitel mit einem Rückblick in diese Zeit.

LINKE MUJAHEDDIN DER 1980ER JAHRE

Bei meinem ersten Besuch im damaligen Kabuler Büro von Hezbe Hambastagi war während des Gesprächs mit dem jungen Sprecher der Partei noch ein würdevoll wirkender älterer Mann mit grauem langen Bart anwesend. Der Sprecher Mahmoud Pahiz verwies auf diesen ehemaligen Mujahed, als er zum Profil der Solidaritätspartei erklärte:

„Another thing that distinguishes us from other parties is that we were not involved in the last war after 1992. But before that we were struggling against Russian invasion in Afghanistan. This man [er deutet auf den älteren Mann an seiner Seite] was mujahed and he fought against Russian invasion. But they weren't involved in this four years of war which was mujaheddins time in Afghanistan.“ (Pahiz, Sprecher SPA, Interview in Kabul, 13.07.2010)

Die „Zeit der Mujaheddin“ meint die Jahre von April 1992 bis 1996, als sieben Fraktionen der Mujaheddin Kabul eingenommen hatten, formal eine Regierung bildeten, tatsächlich aber beinahe die gesamte Zeit Machtkämpfe untereinander austrugen – ohne Rücksicht auf die Bevölkerung oder gesellschaftliche Werte wie historische Bibliotheken und das Nationalarchiv, die zerstört und geplündert wurden. Die Solidaritätspartei verweist mit Stolz auf ihre Wurzeln auch im Kampf der Mujaheddin der 1980er Jahre, grenzt sich dabei jedoch deutlich ab von den brutalen, zerstörerischen Kämpfen, die die islamistischen Mujaheddin-Gruppen untereinander und gegen die jeweils ethnisch zugeordneten Bevölkerungsteile um die Vorherrschaft führten.

Die Existenz eines links-orientierten Mujaheddin-Kampfes gegen die sozialistische PDPA-Regierung und die Machtnahme sowjetischer Berater*innen und Militärtruppen zu begreifen, liegt außerhalb eines westlichen Geschichtsbildes. Hafizullah Emadi, ein afghanischer Forscher der Staats- und Entwicklungspolitik, bildet eine Ausnahme mit seinen Texten, die ausdrücklich einen blinden Fleck der Forschung zur Entwicklung Afghanistans beleuchten sollen. Emadi analysiert unter anderem die Rolle radikaler linker Gruppen in der jüngeren Geschichte Afghanistans (Emadi 2001; Emadi 1997; Emadi 1996). Die Lektüre seiner Texte ergänzen mehrere persönliche Gespräche, in denen ich von Beteiligten über diese Erfahrungen der 1980er Jahre erfahren habe. Bedingt durch die massenhafte Verfolgung und Ermordung auch anderer Linker nach der Machtübernahme der sozialistischen Khalq/Parcham-Regierung (PDPA), damit ab April 1978, und aufgrund der im

Dezember 1979 erfolgten militärischen Invasion der Sowjetunion wurde eine anti-islamistische Front von Gruppen gebildet, die bewaffnet gegen die Besatzung kämpften. Darin schlossen sich Intellektuelle aus den Städten, oft von marxistisch-leninistisch-maoistischen und andere linken Organisationen, aber auch demokratisch und religiös orientierte Personengruppen mit Teilen der in Stammes- und Clanstrukturen lebenden Landbevölkerung zusammen. Zahlreiche Gruppen entstanden in den Provinzen mit einer Basis in verschiedenen lokalen Stammesgruppen und verstanden sich ohne formalen Organisationsnamen als „tribal frontlines“ (Sharq, Interview in Kabul, 18.02.2011).

„[T]he state’s coercive socio-economic and political transformations alienated most poor peasants and farmers who were considered to be close class allies of blue-collar workers in a neo-democratic revolution and transformed them into active participants in the armed struggle against the state during and after the Soviet occupation of the country.“ (Emadi 1996: 209)

Ahmad Sharq schloss sich nach der Gründung von Hezbe Hambastagi im Jahr 2004 der Partei an. Dazu motivierte ihn seine Erfahrung aus den 1980er Jahren, in denen er als 18-jähriger einige deren Gründungsmitglieder in diesen bewaffneten Widerstandsgruppen kennengelernt hatte. Ahmad Sharq beschreibt seine Erfahrung aus der Provinz Nuristan, weit im Nordosten von Afghanistan:

„From my own experience in Nuristan there were people who knew that Sayyaf, Gulbuddin, these people ... – there was a puppet government from Russia at that time – and they were also [dependents] from other countries like Pakistan and America [who] were supporting them. And the people were saying: Now there is one puppet and there is the other one. No, we are not going to join them. And they started to make their own tribal resistance groups. There were several groups in Nuristan, and in Jallalabad, and in Farah, and in Nimroz. You can say in all over Afghanistan.“ (Sharq, Interview in Kabul, 18.02.2011)

Ahmad Sharq beschreibt, dass im Gegensatz zu den fundamentalistischen Gruppen, die nur Gefechte austrugen, die Gruppen der in den Dörfern verankerten Tribal Frontlines zusätzlich zum bewaffneten Kampf auch Alphabetisierungskurse und weitere Bildungsarbeit durchführten. Es beteiligten sich hier auch Frauen an den Widerstandsaktivitäten, einschließlich militärischer Ausbildung, Waffenreinigung, medizinische Hilfe, Frauenbildung, Kochen und Gasschutzmasken nähen (Brodsky 2003). Najla, die zusammen mit acht anderen Frauen für zwei Jahre an der Front war, sagt: „This group was different [from fundamentalist mujaheddin]. [...] [W]e could trust that they value women and our part in the resistance war.“ (Zit. nach Brodsky 2003: 61) Ahmad Sharq beschreibt diese Gruppen als „frei“ und als kollektive Widerstandsgruppen (Sharq, Interview in Kabul, 18.02.2011).

Die Tribal Frontlines kämpfen an zwei Fronten gleichzeitig: zum einen gegen die PDPA-Regierung und die militärischen Besatzungstruppen und zum anderen gegen die islamistischen Organisationen, die die Mehrheit der Mujaheddin bildeten, wie beispielsweise die Organisation um Gulbuddin Hekmatyar.

Die Wurzeln dieser linken Mujaheddin-Gruppen liegen in der afghanischen 1968er-Bewegung (ausführlicher im Kapitel zu RAWA). Linke Aktivist*innen der Bewegung, die als Schüler*innen- und Student*innenbewegung angefangen hatte, bezogen sich auch auf Kämpfe der Arbeiter*innen und erkannten die Bedeutung der Landbevölkerung für revolutionäre Veränderungen. In den 1960er und 1970er Jahren wurden linke Organisationen, Jugendverbände und auch die feministische Organisation RAWA gegründet. Ein Streitpunkt waren die unzulänglichen politischen Aktivitäten im ländlichen Raum. Auch aufgrund der Verfolgungswellen durch die PDPA-Regierung gegen alle Andersdenkenden – vor allem im Jahr 1978, aber auch später – kamen Menschen aus den Städten nun zu den sich bildenden Tribal Frontlines. Sie konnten so vor (erneuten) Verhaftungen, Folter und Mord in den Untergrund fliehen.

Auch die islamisch-fundamentalistischen Mujaheddin-Organisationen haben ihre Wurzeln in dieser Zeit der Student*innenbewegung. Insbesondere an der Universität Kabul fanden sich neben den linken auch die reaktionär-fundamentalistischen Gruppen zusammen, gründeten Parteien und griffen Linke und Frauenrechtler*innen an. Gulbuddin Hekmatyar wurde bereits 1972 des Mordes an einem linken Studentenführer beschuldigt (Emadi 2001: 436). Bis heute gehen Tausende von Verschwundenen, Gefolterten und Ermordeten auf sein Konto (vgl. u.a. UN Mapping Report 2005). Zahlreiche der linken Mujaheddin-Kämpfer verloren ihr Leben durch die bewaffnete Organisation von Gulbuddin Hekmatyar, Hizbe Islami (Islamic Party), andere stehen bis heute auf seiner Todesliste (Ahmad, Name geändert, Interview in Kabul, 13.08.2010).

Im November 1986 wurde beispielsweise Dr. Faiz Ahmad durch Anhänger von Hekmatyar ermordet. Faiz Ahmad, hatte aus der PYO (Progressive Youth Organization) heraus die Organisation Gruh-e-Enqiloabi (Revolutionary Group, RG) gegründet (vgl. Emadi 2001), die bestrebt war, den revolutionären Kampf mit der Landbevölkerung zu entwickeln. Die RG, die später als Afghanistan Liberation Organization (ALO) bezeichnet wurde, unterstützte Frauenrechte und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern (vgl. Emadi 2002). Faiz Ahmad war mit der Führungsperson der feministischen Frauenorganisation RAWA, Meena, verheiratet. Wenige Monate nach seinem Tod wurde auch die charismatische Führungsfrau von RAWA durch die Gruppe von Hekmatyar ermordet.

Die Geschichte eines am Ende der 1970er Jahre noch sehr jungen Aktivisten, der sich mir gegenüber Ahmad nennt, ist ein trauriges Beispiel für die Verfolgung linker Aktivist*innen durch den Staat wie auch durch Gulbuddin Hekmatyar. Es ist jedoch auch die Geschichte eines linken Mujaheddin. In seiner persönlichen Geschichte wird

die Entschiedenheit für ein Leben im Kampf für Gerechtigkeit und der dafür nötige Mut ausdrückt. Ahmad war mit seinen Brüdern in der linken Student*innenbewegung der 1970er Jahre aktiv: „It was for democracy and freedom and social justice, also.“ (Ahmad, Name geändert, Interview in Kabul, 13.08.2010) Ein Bruder starb 1978 während der Folter in der Polizeihaft. „More than three months I was in jail after the demonstration. And my brother was arrested for five years and another of my brothers was arrested for three years and another was sentenced to 20 years in jail.“ (Ebd.) Eine klärende Bestätigung für den Tod eines dieser Brüder, der nie aus der Haft freikam, gab es erst im September 2013 als eine Liste mit den Namen von knapp 5000 in der Haft Getöteten von der niederländischen Staatsanwaltschaft aus Prozessunterlagen veröffentlicht wurde. Ahmad musste kurz vor Abschluss seines Studiums in den Untergrund fliehen um einer erneuten Verhaftung zu entgehen. Wie seine anderen Brüder und seine Stiefmutter schloss er sich den linken „Freiheitskämpfern“ („freedom fighter“, ebd.) an. „I was also part of that front. Then my older brother was selected as a commander, general commander of our district.“ (Ebd.) Vier seiner Brüder verlor Ahmad durch die Gewalt der Hezbe Islami von Gulbuddin Hekmatyar. „[S]ome fundamentalist group came to our district. They started fighting against us. It was something 1984 or 86. Especially Gulbuddin Hekmatyar party started firing against our front. Then we were fighting against Gulbuddin a lot of time.“ (Ebd.) Ahmad erklärt, dass dahinter ideologische Gründe standen. In einem Geheimdokument der Hezbe Islami wurde ausdrücklich die Ermordung aller anderen Mujaheddin – linker, aber auch anderer – angewiesen:

„Members of the Hizbi Islami while fighting against the ‚Red Satan‘ must corner, isolate, and even eliminate the other rebel groups in order to project the image of Hizbi Islami-e-Afghanistan. If you consider yourselves weaker militarily to act against them then the Commander can inform the occupant Russians or their dependents about domiciles of alien guerrillas.“ (Geheimdokument von Hezbe Islami, zit. nach Emadi 1997: 103)

Ahmad und seine Brüder waren auch nach der Flucht ins Exil nach Pakistan nicht vor der Gewalt durch Hekmatyar sicher, der in enger Verbindung mit dem pakistanischen Geheimdienst ISI stand.

„Worse, [...] the fundamentalist parties, with the complicit support of the Pakistani government and especially ISI, the Pakistani special intelligence unit, carried out their own purges of Afghan resistance opposition in Pakistan, pursuing leftist, centrists, and intellectuals who had fled similar death threats in Afghanistan.“ (Brodsky 2003: 85)

Ahmad steht bis heute auf der Todesliste von Gulbuddin Hektmatyar und wurde deshalb von der UN aufgefordert, das Land zu verlassen (Ahmad, Name geändert, Interview in Kabul, 13.08.2010). Ahmad ist in Afghanistan geblieben, obwohl ihm

in Europa Asyl gewährt würde. Er zieht seine Kinder in Afghanistan groß, weil er dort die gesellschaftlichen Verhältnisse verbessern möchte. Seine Frau war in der feministischen Organisation RAWA aktiv, als er sie in seiner Zeit als Freiheitskämpfer kennenlernte. Ein weiterer Bruder, eine Nichte und er selbst sind Mitglieder von Hezbe Hambastagi geworden.

KEIN RAUM FÜR FORDERUNGEN NACH TRANSITIONAL JUSTICE

Die zuvor beschriebene Demonstration der Solidaritätspartei Afghanistan am 30. April 2012 mit der Forderung nach Strafverfolgung gegen die Verantwortlichen für schweren Menschenrechts- und Kriegsrechtsverletzung der Khalq/Parcham-, der Mujaheddin- sowie der Taliban-Regierungszeit löste 2012 das Parteiverbotsverfahren gegen die Solidaritätspartei Afghanistan aus, mit dem die afghanischen Behörden scheiterten. Praktisch zeigte sich das politische Scheitern in der Aussage des Sprechers des Präsidenten Karzai, Aimal Faizi, Mitte Juni 2012: „Keine politische Partei dieses Landes wurde suspendiert.“ (Zit. nach Rasikh, SPA, Interview in Kabul, 29.09.2012) Die afghanische Verfassung würde ein solche Suspendierung oder ein Parteienverbot nicht ermöglichen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und friedlichen Protest sei in Afghanistan geschützt, ließ der Präsidentensprecher verlauten (vgl. Basharat, 19.06.2012). Erst kurz zuvor, am 2. Juni 2012, war der Solidaritätspartei vom Justizministerium mitgeteilt worden, dass das Parlament die Suspendierung und Strafermittlungen beschlossen hat (vgl. ebd.).

Noch bevor innerhalb der Solidaritätspartei Afghanistan jemand wissen konnte, dass die Suspendierung der Tätigkeit und das Verbotverfahren nicht weiter bestehen, erklärte der Vorstand, dass sie ihre politischen Aktivitäten fortführen werden trotz aller Konsequenzen, die das möglicherweise hat (vgl. Graham-Harrison, 14.06.2012). Entsprechend organisierten sie im darauf folgenden Jahr, 2013, zum gleichen Anlass, den beiden Jahrestagen der historischen Ereignisse am 27. und 28. April, wieder eine Demonstration. Dieses Mal wurde nicht juristisch, jedoch mit der Gewalt der Sicherheitsorgane gegen diese Protestform vorgegangen. Eine Genehmigung hatte Hezbe Hambastagi nur für den 2. Mai statt für den geplanten 28. April erhalten. Trotz der Genehmigung war der Versammlungsort mit über 1000 Polizeikräften und zahlreichem Geheimdienstvertretern besetzt. Zudem wurde der Öffentlichkeit der Zutritt dorthin verboten, angrenzende Läden wurden gezwungen zu schließen. Die Sicherheitskräfte hatten Anweisung, die Veranstaltung in keinem Fall stattfinden zu lassen. Die Demonstranten setzten sich trotz massiver Behinderungen durch und versammelten sich. Sie weigerten sich auch, die Aufforderung zu erfüllen, keine Plakate zu tragen, die die durchgekreuzten Gesichter der

„Jihadi leaders and other officials“ (polizeiliche Anweisung, zit. nach SPA-Erklärung, 04.05.2013) zeigen, und die entsprechenden Parolen nicht zu rufen. Der Polizeichef verkündete: „We will allow to have the demonstration if [you] don't disrespect Jihadi leaders' portraits, don't burn or underfoot them, otherwise you will be responsible for your actions.“ (SPA-Erklärung, 04.05.2013) Die Plakate und Spruchbänder wurden beschlagnahmt, mehrere Reihen Polizisten führten eine eingekesselte Demonstration durch Straßen, die zuvor hunderte Meter weit von allen Menschen und Fahrzeugen entleert worden waren, die nicht zum Geheimdienst oder der Polizei gehörten. Die Anti-Riot-Polizeieinheiten waren unter anderem mit Tränengas-Gewehren und Wasserwerfern ausgerüstet. Viele hundert Demonstrant*innen und auch Journalist*innen wurden nicht zum Demonstrationszug durchgelassen. Immer wieder mussten die Demonstrationsteilnehmer*innen die Festnahme von Organisator*innen verhindern, die in Geheimdienstfahrzeuge gezerrt werden sollten. Trotz allem demonstrierten mehr als 1500 Personen durch die Straßen von Kabul. „decisively and passionately and shouted outspoken slogans against the traitor warlords, Taliban and their foreign masters and the US/NATO occupation forces“ (SPA-Erklärung, 04.05.2013). In einer Abschlussrede wurden die historischen Ereignisse des 27. und 28. April, die Karzai-Regierung sowie die Besatzungsmächte verurteilt. Dieser Redner wurde kurze Zeit später vom Geheimdienst festgenommen. „After his speech, when he moved out of the sight of journalists, a bunch of NDS [Geheimdienst] staff attacked him like wolves to move him away.“ (Ebd.) Neben diesem Sprecher wurden acht weitere Personen in Geheimdiensthaft genommen, über die Organisator*innen befragt und blutig geprügel. Einem von ihnen wurde sein Knie mit einem Gewehrkolbenschlag so schwer verletzt, dass es operiert werden musste. Drei von diesen Personen wurden erst nach drei Tagen entlassen, obwohl gegen keinen der neun Festgehaltenen ein Strafvorwurf erhoben wurde. Die Solidaritätspartei Afghanistan erklärt zu diesen Ereignissen:

„In a country where the criminals, corrupts and lackeys of aliens have high official and all governmental posts and there is impunity for the traitors, the shameless attack of government on a legal and peaceful demonstration of a democratic party, clearly uncovers the false and fraud slogans of ‚democracy‘, ‚human rights‘ and ‚freedom of speech‘ by a puppet regime.“ (SPA-Erklärung, 04.05.2013)

Demokratische Rechte würden nur so lange toleriert, wie diese nicht die Position derjenigen infrage stellen, die das Land verraten und die afghanische Bevölkerung ermordet haben. „[B]ut if a force has the gut to openly cry out the voice and hatred of 99 %, they will be instantly confronted by fascism of security forces which are headed and led by war criminals and human rights violators.“ (Ebd.) Neben den offiziellen Einschüchterungen und Repressionsmaßnahmen hatten Mitglieder der

Solidaritätspartei vor der Demonstration im Jahr 2013 wieder zahlreiche Drohanrufe aus den Reihen der Warlords erhalten.

Human Rights Watch (HRW) untersuchte die staatliche Repression anlässlich der genehmigten und friedlichen Demonstration der Solidaritätspartei. Der HRW-Leiter für Asien, Brad Adams, stellte fest, dass es scheine, damit solle eine Ermahnung an alle Afghan*innen verkündet werden, die Regierung nicht öffentlich zu kritisieren (Human Rights Watch, 07.05.2013). „The abuses appear intended to silence public dissent against the government.“ (Ebd.) Human Rights Watch forderte von der afghanischen Regierung eine Untersuchung der repressiven Vorkommnisse gegen die Solidaritätspartei Afghanistan während deren Demonstration am 2. Mai 2013.

„WE DON'T WANT TO STUDY UNDER THE NAME OF RABBANI“

Kurze Zeit nach dem provozierend wirksamen Vorstoß der Solidaritätspartei Afghanistan, um das Tabu der Benennung von Kriegsverbrechern zu durchbrechen und die Aufarbeitung der Vergangenheit wieder zum öffentlichen Thema zu machen, haben Studierende der Kabul Educational University angefangen, gegen die Umbenennung der Bildungsstätte zur „Martyr Professor Burhanuddin Rabbani University“ zu protestieren. Burhanuddin Rabbani war der afghanische Präsident in der Zeit des blutigen Bürgerkrieges zwischen den Mujaheddin-Führern, nachdem diese 1992 in Kabul einmarschiert waren. Ein Bericht von Human Rights Watch aus dem Jahr 2005 fordert Strafermittlungen gegen Rabbani aufgrund dringender Belege, dass er Verantwortung trägt für „intentional killing of civilians, beating of civilians, abductions based on ethnicity, looting and forced labor“ (HRW 2005: 120).

Die Partei von Burhanuddin Rabbani, Jamiat-i-Islami, war während der Machtkämpfe zwischen den Mujaheddin-Fraktionen in viele Verbrechen verwickelt, insbesondere in ein Massaker in dem von der ethnischen Gruppe der Hazara bewohnten Kabuler Stadtteil Afshar. Dieses Massaker und die Vertreibung der Bevölkerung geschahen im Februar 1993. Burhanuddin Rabbani trägt gemeinsam mit Ahmad Shah Massoud und Rasool Sayyaf die Verantwortung für dieses Massaker (vgl. UN Mapping Report 2005). Auch direkt auf die Universität, die damals Pädagogisches Institut genannt wurde, waren 1993 Raketen gerichtet worden, weil sich dort Kämpfer festgesetzt hatten, die sich als ethnische Hazara organisierten.

Ein Jahr nach der Ermordung Rabbanis durch einen Taliban-Selbstmordattentäter erließ Präsident Hamid Karzai am 20. September 2012 ein Dekret zur Benennung der Kabuler Universität sowie des Flughafens von Kandahar und einer zentralen Straße in Kabul nach diesem „Helden und Märtyrer des Frie-

dens“. Rabbani hatte zuletzt die Funktion des Vorsitzenden des High Peace Council, eines durch die Regierung eingesetzten Gremiums für die Steuerung des Verhandlungs- und Versöhnungsprozesses mit den illegalen Gruppen (Taliban, Hekmatyar, Hakkani).

Die Student*innen boykottierten nach dem Erlass zur Umbenennung viele Tage lang den Universitätsbetrieb, der tatsächlich lahmgelegt wurde. Dies geschah, obwohl die politische Betätigung von Studierenden untersagt ist. Die Student*innen versammelten sich zu Hunderten mit Spruchbändern und blockierten schließlich das Parlament. Mit bis zu 200 Personen an jedem Eingang des Parlaments, die sich an den Armen unterhaken, waren sie sehr effektiv und berichteten von mindestens zehn bis zwölf Parlamentsabgeordneten, die wieder nach Hause fuhren. Das Parlament wurde zeitweilig geschlossen (vgl. Bezhan, 03.10.2012). Viele Tage demonstrierten sie vor dem Parlament. Insgesamt dauerte der Protest mindestens siebzehn Tage.

Die Äußerungen der protestierenden Student*innen zur Begründung der Ablehnung des neuen Namens waren zunächst eher ausweichend und vorsichtig. Rabbani hätte sich nicht für Bildung eingesetzt und die Universität solle nicht in eine politische Plattform verwandelt werden, wurde gesagt. Konflikte zwischen der ethnisch vielfältigen Studierendenschaft könnten entstehen. Oder es wurden besser geeignet erscheinende, berühmte Personen vorgeschlagen: „Why the university was not renamed after Maulana Jalaluddin Balkhi, who had a great contribution towards humanity or Ghazi Amanullah Khan, who was the hero of independence.“ (Samimi 22.09.2012).

Die Student*innen fragten Unterstützung für ihre Protestaktivitäten bei der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) an. Die AIHRC arbeitete an der Dokumentation von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen der Vergangenheit und hatte 2005 den (nie umgesetzten) Aktionsplan für Maßnahmen von Transitional Justice mit ausgearbeitet. Dies ist ein Hinweis, dass die durch Rabbani zu verantwortenden Kriegsverbrechen gegen die afghanische Bevölkerung eine Rolle bei der letztendlichen Ablehnung des neuen Namens spielten. Ausgesprochen wurde das meist nicht. Diese indirekte Ausdrucksweise zeigt beispielsweise auch die Stellungnahme des kritischen Abgeordneten und unabhängigen Präsidentschaftskandidaten von 2009 Ramazan Bashedost bezüglich der Studierendenproteste:

„Somebody is a traitor or a servant of the country; a patriot or an enemy of the country. We have to let the Afghan people decide for themselves. For 40 years, there has been war and misfortune in Afghanistan. The Afghan people are not stupid. The Afghan government should listen.“ (Bezhan, 03.10.2012)

Es bedeutet ein Risiko, sich offen und direkt zu äußern, wie es ein mutigerer Student macht: „Mr. Rabbani was the one who was firing rockets at this university during the civil war. How can they name it after him?“ (Nordland, 08.10.2012).

Die Solidaritätspartei unterstützte die protestierenden Studenten und Studentinnen dabei, den politischen Hintergrund ihres Widerstandes auch auszudrücken. Ein junges aktives Parteimitglied kam aufgeregt in das Büro von Hezbe Hambastagi, als in wir dort gerade beim Gespräch saßen, und berichtete von der Blockade des Parlaments, bei der er am Vormittag teilgenommen hatte. Eine Studentin war an diesem Tag durch das Auto des Abgeordneten Qazi Nazir Hanafi, der in die Menge gefahren war, verletzt worden. Der SPA-Aktivist erklärte, dass die Studierenden die Solidaritätspartei und andere fortschrittliche Gruppen zu ihren Protesten eingeladen hatten. Das sei wichtig. Er hatte viel mit den anderen jungen Leuten diskutiert und diese motiviert, offensiver auszusprechen, warum sie eine Benennung der Universität nach Burhanuddin Rabbani ablehnen. Es sei an der Zeit, die allen bekannten, jedoch nicht aufgearbeiteten Verbrechen der jüngsten Geschichte zusammen mit den Namen der Verantwortlichen zu benennen.

Der Studierendenprotest entwickelte sich zu einer Zeit, als die öffentliche Nachforschung zu den umstrittenen Warlords und militärischen Führern der Vergangenheit, von denen viele politisch äußerst einflussreich sind, zunahm (vgl. Bezhani, 03.10.2012).

„DIE MENSCHEN WERDEN DIE KRIEGSVERBRECHER VERFOLGEN“

Die Solidaritätspartei Afghanistan setzte ihre politischen Aktivitäten zum empfindlichen Thema der Vergangenheitsaufarbeitung und Herstellung von Gerechtigkeit für die großen Verbrechen während der letzten drei Jahrzehnte fort. Am 29. September 2013 rief Hezbe Hambastagi zu einer Demonstration auf, die aus Anlass der Veröffentlichung einer Liste mit den Namen von annähernd 5000 Personen, die nach ihrer Verhaftung in den Jahren 1978 und 1979 getötet wurden, stattfand. Im Aufruf zur Demonstration werden die Namen der heute noch aktiven Verantwortlichen des damaligen Regimes aufgezählt (SPA-Erklärung, 29.09.2013).

Ein niederländisches Staatsanwaltsbüro hatte entschieden, die Liste mit den Namen von 4785 Ermordeten der afghanischen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Angehörigen der Verschwundenen sollten nach über 30 Jahren endlich Gewissheit über den Verbleib ihrer Verwandten erhalten. Die Liste gehörte zu den Beweisen in einem Ermittlungsverfahren wegen Kriegsverbrechen gegen einen Leiter der Verhör-Abteilung des afghanischen Geheimdienstes (Clark, 26.09.2013), der in Deutschland lebte. Diese Liste der 4785 Opfer zeigt nur einen Bruchteil aller in

den ersten 20 Monaten nach dem Machtwechsel im April 1978 – der sogenannten Saur-Revolution – Verschwundenen. Doch dieser Beleg bot die Möglichkeit, Trauerfeiern zu veranstalten. Da es sich um Verbrechen der sozialistischen PDPA-Regierungszeit handelt, hat der Rat der Jihadis, einberufen durch Präsident Hamid Karzai, zweitägige Trauerfeiern und die Errichtung einer Gedenkmoschee beschlossen. Der gleiche Personenkreis hatte 2007/2008 das Amnestiegesetz durchgesetzt, um sich selbst vor Ermittlungen wegen schweren Verletzungen der Menschenrechte und des Kriegsrechts zu schützen. Auch die Taliban haben aus Anlass der Veröffentlichung der Namensliste die Brutalität der Verbrechen angeprangert.

Dem gegenüber verurteilt die Solidaritätspartei die Verbrechen der PDPA bzw. des Khalqi-Parchami-Regimes zusammen mit den Verbrechen der Jihadi-Fraktionen, der Taliban und auch der US-amerikanischen Truppen. Der Unterschied würde nur darin liegen, dass die Khalqi-Parchami ihre Opfer detailliert auflisteten, während die anderen Gruppen nicht derartige Beweise erstellt hätten (SPA-Erklärung, 29.09.2013). Alle Verantwortlichen sollten zur Rechenschaft gezogen werden. „Our people will prosecute the war criminals of three decades!“ (Ebd.) Mit diesem Titel ist der Aufruf zur Demonstration anlässlich des Bekanntwerdens der Namensliste der Getöteten überschrieben.

„In this country all of well-known criminals and oppressors of 7th and 8th Saur (27th April 1978, and 28th April 1992), the slaves in stable of giants known as US and NATO, who should be prosecuted or spend the rest of their shameful life in prison, instead have been placed in parts of the government, ‚civil society‘, BBC and other entities, busy in earning money and serving a new period of betrayal against the homeland.“ (Ebd.)

Statt Maßnahmen von Transitional Justice umzusetzen, sei die Regierung eine Mischung von Kriminellen der letzten drei Jahrzehnte. Die Solidaritätspartei bekundet, sie fordere Strafermittlungen, den Forderungen der Bevölkerung entsprechend: „[O]ur wounded people are asking for the punishment of Parchami, Khalqi, Tanzimi [Jihadi-Fraktionen] and Taliban.“ (Ebd.) Der Slogan der Solidaritätspartei dafür lautet: „No to US, No to Taliban, No to other criminals, Power to the hands of the People!“ (Ebd.)

Die PDPA-Regierung hätte genauso wie die fundamentalistischen Gruppen versucht, gedankenvolle und revoltierende Köpfe aus Afghanistan zu entfernen, indem sie massenhaft, aber vor allem auch die Gebildeten und Intellektuellen getötet haben (vgl. ebd.) Doch trotzdem sehen die Aktivist*innen der Solidaritätspartei Afghanistan auch gegenwärtig die Möglichkeit und Bedeutung von Widerstand und Kampf für grundlegende Veränderungen der Machtverhältnisse. Sie vertreten, dass es derzeit wichtig ist, für Gerechtigkeit für die gegen die Bevölkerung gerichteten Gewalttaten der Vergangenheit einzutreten. Die kriminellen Führer müssen verurteilt und die gegenwärtigen Besatzer vertrieben werden. Vergeben und Vergessen

ist keine Lösung. Die Einheit des Landes/der Nation, Gerechtigkeit und Wohlstand sind nur durch eine Bearbeitung der Vergangenheit möglich (vgl. SPA-Erklärung, 29.09.2013).

Im September 2016 unterzeichnete die afghanische Regierung einen Friedensvertrag mit Gulbuddin Hekmatyar. Dieser gewährt Hekmatyar und seinen bewaffneten Kämpfern nicht nur vollständige Amnestie für ihre Verbrechen, sondern auch ökonomische Absicherung und einen ehrenvollen gesellschaftlichen Status. Hekmatyar erhält ein Regierungsamt und wird an allen wichtigen politischen Entscheidungen beteiligt. Hezbe Hambastagi mobilisierte anlässlich der Unterzeichnung dieses Deals zu einer Kundgebung am 22.09.2016 in Kabul. „Any deal with Hekmatyar and other criminals is treason. [...] Peace will never be achieved by sacrificing justice.“ (Selay Ghaffar, Sprecherin SPA, zit. nach Smith/Harooni, 23.09.2016) Auf der Kundgebung wurden zahlreiche Plakate hochgehalten, auf denen Hekmatyar mit einer Rakete als Nasenpiercing und mit bluttriefendem Mund dargestellt wird. Gulbuddin Hekmatyar ist als der „Schlächter von Kabul“ bekannt, weil er die Stadt zwischen 1992-1996 von den umliegenden Bergen aus mit Raketen beschießen ließ, damit Tausende Zivilisten tötete und die Stadt beinahe vollständig zerstörte. Nicht die USA, die das Friedensabkommen im Hintergrund gemanaged haben, noch die afghanische Regierung können diese und seine weiteren Verbrechen vergeben; das können nur die leidenden Menschen, die Opfer seiner Taten. Die Behauptung, dass es bei diesem Abkommen mit Hekmatyar um Frieden geht, wird als verachtenswerte Täuschung gewertet (vgl. SPA-Erklärung, 22.09.2016a). Hekmatyar, der bereits in den 1980er und 1990er Jahren der am meisten vom US-amerikanischen Auslandsnachrichtendienst CIA geförderte Warlord war, wird nun eingereiht zu denjenigen, die legal daran mitwirken, die neokolonialen Strategien umzusetzen (vgl. Selay Ghaffar, Rede Kundgebung, zit. nach SPA-Bericht, 22.09.2016b). Auf der Kundgebung wurde gerufen, dass die Menschen Gulbuddin nicht vergeben werden. „[H]is arrival will have no benefit for our people but to complete the ring of the criminals within the government.“ (SPA-Bericht, 22.09.2016b) Die Solidaritätspartei vertritt, dass wirklicher Frieden nur erreicht werden kann, wenn die Verbrecher keine Macht mehr haben und sich vor Gericht verantworten müssen.

